

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1908

150 (1.7.1908)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementspreis: Ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pfg., vierteljährlich M. 2.25. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Zuifenstraße 24.
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 5114.
Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.
Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einpaltige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 Uhr.

Druck und Verlag
Erbsbruderei Ged & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Redaktion, Legte Post, Feuilleton und Unterh.-Beilage: A. Weißmann; für den übrigen Inhalt: Herm. Kadel.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Ziegler in Karlsruhe.

Der Staatsstreich des persischen Schah.

Mohammed Ali Mirza, der jetzige Schah in Persien, hat sich als gelehriger Schüler seines Chronographen, des bluttriefenden und meineidigen Zaren Nikolaus II. erwiesen. Wie dieser herrschte er die beschworene Verfassung und ließ seine „Untertanen“ einfach niederhartfächeln. Schon zu Lebzeiten seines Vaters, Mozaffer Eddin, der die Verfassung in Persien einführte, galt Mohammed Ali Mirza als eine Hoffnung der Reaktionen. Als er zur Regierung kam, suchte er bei jeder Gelegenheit den Einfluß des Parlaments auszuschalten. Die Verfassung, die er ebenso oft brach, als er sie auf den Koran beschworen hatte, war seinen absolutistischen Plänen eine hemmende Fessel, die er längst beseitigt hätte, wenn er früher über die nötigen zuverlässigen Truppen hätte verfügen können. Das ist ihm jetzt gelungen mit Hilfe einer Kosakenbande und größeren Abteilungen persischer Truppen. Das Parlament hat zu dem Staatsstreich seinen Anlaß gegeben, wozu auch, Eide wurden von den Herrschern ja jederzeit gebrochen.

Die persische Konstitution war, wie die Frankfurter „Volkstimme“ schreibt, eine Fernwirkung der russischen Revolution, wie ihre gewaltsame Beseitigung die Frucht des Sieges der Konterrevolution in Rußland ist. Der Schah folgt nur russischen Vorschlägen und russischen Methoden, und der Sieger von Teheran ist in Wirklichkeit der russische General Platon, der Führer der mordenden und plündernden Kosaken. Der erste Versuch des Schahs, sich der Verfassung zu entziehen, endigte mit einer Niederlage für ihn; aber trotz des scheinbaren Nachgebens setzte sich der Konflikt fort. Ministerium auf Ministerium mußte vom Blase weichen; der Schah sammelte Streitkräfte gegen das Parlament. Doch je weniger er seinen geliebten Untertanen trauen durfte, einen umso eifrigeren Sells für seine Pläne fand er an Rußland. Von Anfang seiner Regierung an bildeten Kosaken seine eigentliche Leibgarde. Ohne Aufsehen kamen immer neue Abteilungen von Kosaken über die Grenze und bald besetzte Rußland dem Schah auch den Organisator des Staatsstreichs. Vor zwei Monaten wurde der General Platon in besonderer Mission an den persischen Hof geschickt. Die Mission bestand darin, die Gegenrevolution militärisch vorzubereiten; das sichtbare Wachen des russischen Einflusses, der Anblick der Kosaken, die den Palast und die Person des Schahs umgaben, mehrten die Erbitterung des Volkes, die in dem verunglückten Attentat zum Ausdruck kam. Alles drängte zum Entscheidungskampf, umso mehr, als die Opposition, die wohl wußte, wessen sie sich von dem Herrscher zu versehen hatte, ihre Gegenmaßnahmen ergriff. Das Haupt des Widerstandes war Zill es Sultan, der Heime des Schahs, der als Gegenstich aufgestellt werden sollte. Vor kurzem unternahm der Schah eine fingierte Flucht aus Teheran; es hieß, er wolle ins Ausland flüchten; in Wirklichkeit rüstete er in seiner Sommerresidenz die Expedition gegen das Parlament aus. Den Kern seines Ordnungsheeres bildeten die Kosaken, dazu persische Reiterei. Die Opposition wußte seit Tagen, daß der letzte blutige Kampf herangekommen war. Das Anstehen des Schahs, einige oppositionelle Personen auszuliefern, wurde abgewiesen. Die Gegner des Schahs hatten sich im Parlamentsgebäude verschanzt und empfingen die heranrückenden Truppen mit Bombenwürfen und Revolvergeschüssen. Das war das Signal für General Platon, der die Artillerie kommandierte, das Feuer zu eröffnen. Ein regelrechtes Bombardement auf das Parlament des eigenen Staates ist immerhin ein nicht alltägliches Ereignis. Der Ruffe besorgte kein Geschäft gründlich. Parlament, eine nahegelegene Moschee und die umliegenden Häuser liegen in Trümmern und während an den Stadttore russische Maschinengewehre ihre Arbeit verrichteten, brachen die Kosaken nach gewohnter Heimatsitte in die Häuser ein, schlachteten hier alles, was sich bewegte, erbarmungslos ab, nicht ohne an den Gegnern des Schahs die in Pogromzeiten üblichen Verhöhnungsmittel anzuwenden, als da sind: Glieder abhacken, zu Tode prügeln usw. 800 Menschen sollen bei diesem Massacre zugrunde gegangen sein. Aber der Schah triumphiert.

Indes handelt es sich bei diesen Vorgängen des persischen Verfassungstampfes auch darum, daß sich der Schah unter russischer Protektion und mit russischer Hilfe wieder in die Macht eingeklinkt hat und somit seine Regierung unter die russische Oberherrlichkeit fällt. Auf türkischem Territorium ist nahe an der Grenze eine beträchtliche Anzahl von Truppen konzentriert, und auf der russischen Seite harret General Snarski ungeduldig des Befehls, gegen Persien vorzugehen. Das russische Kanonenboot „Geof-Tepe“ ist am 20. Juni im Hafen von Enfiel ein-

gelaufen, und am 22. Juni ein Schiffsgeschwader unter dem Befehl des Kontreadmirals Sernawski von Sewastopol nach den türkischen Gewässern abgegangen. Wie einem Mitarbeiter der Petersburger Zeitung „Bischewija Wedomosti“ im Ministerium des Auswärtigen mitgeteilt wurde, „könne der Gang der Dinge in Persien natürlich auch Komplikationen internationalen Charakters hervorgerufen“. Die „patriotische“ Presse drückt sich natürlich weniger wählertisch aus. So schreibt der Kolokol:

„Es wird für Rußland außerordentlich schwer sein, gegenüber den tragischen Ereignissen, die in Persien heraufziehen, in der Rolle eines teilnahmslosen Zuschauers zu verharren. Unsere Diplomatie muß die außerordentlich deutlich hervortretenden Neigungen der Türkei aufmerksam verfolgen, und andererseits die jetzige gesetzliche Regierung Persiens auf diesem oder jenem diplomatischen Wege unterstützen, um die Beruhigung des Landes zu beschleunigen.“

Gelingt es den persischen Revolutionären nicht, dem Schah den Preis des Sieges zu entreißen, so wandelt Persien unrettbar den Weg, den die Staaten Zentralasiens gegangen sind und zwar umso sicherer, da England, das sich an persischen Golf Kompensationen nehmen wird, dem einstigen Nebenbuhler Rußland sekundiert.

Deutsche Politik.

Justiz im Dunkeln.

Der Beschluß des Gerichtshofes im Eulenburgprozeß, während der ganzen Dauer der Verhandlung die Öffentlichkeit auszuschließen, ist lange genug vorher angekündigt worden, um nicht überraschend zu wirken, aber längere Ueberlegung vermag die Bedenken, die sich gegen ihn erheben, keineswegs zu beseitigen. Der Ausschluß der Öffentlichkeit verächtlicht die Situation des Angeklagten vor der Welt, die nach allem, was sie bisher erfahren hat, mit der Schuld des Angeklagten als mit einer absoluten Gewißheit rechnen muß. Ein Freispruch, mag er nun aus dem Ergebnis der Beweisaufnahme geschöpft werden oder rein menschlichen Erwägungen entspringen (Geschworene haben ja schon mitunter, und zwar mit gutem Recht, gegen die Angeklagten aus Gründen der Menschlichkeit freigesprochen), kann nicht verhandelt werden ohne die ausführlichste einwandfreieste Darstellung der Gründe, die zu ihm geführt haben. Ein Freispruch im Eulenburgprozeße nach geheimer Verhandlung aber würde keinen Menschen glauben machen, daß der Angeklagte unschuldig sei, sondern nur allerorten die Frage erwecken: „Wie ist das zugegangen? Was hat sich ereignet, welche Einflüsse haben sich geltend gemacht, daß in geheimer Verhandlung ein Mann freigesprochen werden konnte, der in der öffentlichen Verhandlung des Münchener Staedele-Prozesses schon so gut wie verurteilt war. Der Ausschluß der Öffentlichkeit bedeutet die endgiltige unwiderrückliche Verurteilung des Fürsten vor den Augen der Welt. An dieser Verurteilung kann auch ein Freispruch nichts ändern: ein Freispruch nach öffentlicher Verhandlung hätte ein befriedigerender Akt sein können, ein Freispruch auf Grund eines geheimen Beweisverfahrens wäre nichts als ein krasser Justizskandal.“

Zwei Gefangene.

Dem Abgeordneten Karl Liebknecht ist das Gesuch, ihm Urlaub von der Gefangenschaft zu geben, damit er sein Mandat als Abgeordneter ausüben könne, bekanntlich abgelehnt worden.

Dagegen ist, wie Wiesbadener Blätter berichtet haben, dem dortigen Gosschauspieler Lefler, der auf der Festung Ehrenbreitstein eine Strafe verbüßte, Urlaub erteilt worden, um im Wiesbadener Hoftheater aufzutreten.

Kommentar überflüssig!

Patriotisch unzuverlässig — weil christlich organisiert.

Die „Westfälische Arbeiter-Zeitung“ (W. Gladbach) teilt mit, daß der Vorsitzende einer Zahlstelle des christlichen Bauhandwerker-Vereins im Münsterlande Aussicht zu haben glaubte, nach einer vierzehntägigen Militärübung in Wes zum Unteroffizier befördert zu werden. Aber am letzten Uebungstage eröffnete ihm sein Hauptmann, daß er ihn nicht befördern könne, weil er laut Befehdung des Bürgermeisters seines Ortes „patriotisch unzuverlässig und den Behörden nicht wohlgenimmt sei“. Dem Manne kann, wie das W. Gladbacher Blatt mitteilt, nichts anderes zur Last gelegt werden, als daß er christlich organisiert ist, er sei also „patriotisch unzuverlässig, weil er örtlicher Leiter eines auf dem Boden christlich nationaler Gefinnung stehenden Verbandes ist.“

Was hat es nun den Christlichen genutzt, daß sie, um sich nach oben zu empfehlen, die nationale Kosarde ange-

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

(16. Sitzung.)

Karlsruhe, 30. Juni.

Präsident Lehrenbach eröffnete 1/5 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch: Minister Frhr. v. Marschall, Minister Frhr. v. Bodman und Regierungskommissäre. Sekretär Abg. Müller (ntl.) zeigte die neuen Eingaben an. Darnach legte

Minister Frhr. v. Marschall einen Gesetzentwurf vor betr. die Uebernahme der Pensionen für Postbeamte auf die Staatskasse.

Der Präsident gab bekannt, daß sich die Kommission zur Beratung des Ortsstrafengesetzes konstituiert und den Abg. Ged zum Vorsitzenden, den Abg. Dr. Binz zum Berichterstatter gewählt hat.

Es wurde hierauf in die Tagesordnung eingetreten.

Abg. Schmidt (B. d. L.) erstattete Namens der Kommission für Justiz und Verwaltung Bericht über den Gesetzesvorschlag der Abg. Dr. Frank u. Gen. auf Aufhebung des Artikels 3 des Gesetzes vom 20. Juni 1874, die Einführung des Reichs-Preß-Gesetzes betr. Während des Landtags 1906/07 hatten die Abg. Bechtold und Gen. den Antrag gestellt, die in Frage stehende Gesetzesbestimmung aufzuheben. Eine Besprechung über diesen Gesetzesvorschlag fand jedoch im letzten Landtag nicht mehr statt. Die Antragsteller wiederholten jetzt ihren Antrag. Zu seiner Begründung führen sie an, daß die in Frage stehende badiische Bestimmung, nachdem reichsgesetzliche Bestimmungen über die Presse und sonstigen Druckschriften erlassen worden seien, überflüssig sei; die aufzuhebende Bestimmung habe sich in der Praxis zu einer lästigen Erschwerung der Verbreitung politischer oder Wahlschriften dienender Druckschriften entwickelt. Außerdem widerspreche die Bestimmung, soweit Wahlbruderschriften in Frage stehen, dem § 43 Absatz 3 bis 5 der Gewerbeordnung. Die Mehrheit der Kommission und die Regierung waren der Ansicht, daß die von den Antragstellern angeführten Gründe nicht berati sind, daß sie die Aufhebung der strittigen Bestimmung beantragen sollten. Man war der Ansicht, daß im Interesse der öffentlichen Ordnung es notwendig sei, daß der Polizei in die Lage verkehrt, die Verbreitung von Druckschriften, deren Inhalt strafbar oder geeignet sei, die öffentliche Ordnung zu stören, rechtzeitig zu verhindern. Die Kommission gelangte daher zu folgendem Antrag: Die Kammer wolle den Gesetzesvorschlag der Abg. Frank und Gen. ablehnen.

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Es besteht keinerlei öffentliches Interesse, die geltende Bestimmung aufrecht zu erhalten. Nach derselben muß von Bekanntmachungen, Plakaten und Aufrufen, welche öffentlich angeschlagen, ausgestellt oder auf Straßen, öffentlichen Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten unentgeltlich verteilt werden sollen, bevor der Beschlag, die Aufstellung oder Verteilung beginnt, ein Exemplar an die Ortspolizeibehörde gegen eine auf Verlangen zu erteilende Bescheinigung unentgeltlich abgeliefert werden. Diese Bestimmung ist eine Belästigung und hat schon wiederholt zu Mißhelligkeiten geführt. Durch sie wird auch die Bestimmung des Reichsvereinsgesetzes, nach welcher der Anschlag von Versammlungsplakaten die Anzeige einer Versammlung ersetzt, illusorisch gemacht.

Minister Frhr. v. Bodman: Gleich dem Vorredner werde ich mich auf kurze Bemerkungen beschränken. Die Regierung hat ihre Ansicht über den Gesetzesvorschlag der Abg. Frank und Gen. in der Kommission ausgesprochen. Die Ansicht der Regierung stimmt überein mit der Ansicht der Mehrheit der Kommission. Die Regierung hat mit der Erlassung der hier in Frage stehenden Bestimmung von einer ihr durch Reichsgesetz eingeräumten Befugnis Gebrauch gemacht. Der Zweck des Artikels 3 des Gesetzes vom 20. Juni 1874 ist der, der Polizei möglichst früh Kenntnis zu geben von Plakaten, Bekanntmachungen und Aufrufen, die öffentlich verteilt oder angeschlagen werden sollen, damit sie in die Lage gesetzt ist, gegen einen strafbaren Inhalt derselben einschreiten zu können. Die Befugnis ist für die Regierung eine wertvolle und sie glaubt auf dieselbe nicht verzichten zu können. Wenn mit der Handhabung der Bestimmung Mißgriffe vorkamen, so haben dieselben ihre Zweckverfehlung gefunden. Die Annahme des Vorredners, daß die Bestimmung im Reichsvereinsgesetz, betreffend den Erlass der Versammlungsanzeige durch Plakate, durch die hier in Frage stehende Gesetzesbestimmung illusorisch gemacht wird, ist nicht zutreffend. Auf gesetzlich nicht verbotene Versammlungen findet die Vorschrift keine Anwendung.

Hierauf wurde der Gesetzesvorschlag Dr. Frank und Gen. mit 40 gegen 16 Stimmen (Sozialdemokraten und Demokraten) abgelehnt.

Das Haus trat darnach in die Beratung einer Anzahl Verträge der Kommission für Eisenbahnen und Straßen ein.

Hr. Pfeifer (nrtl.) berichtete über die Petition der Stadt Freudenberg, der Gemeinden Kauenberg und Ebenheid und des Gutsherrn Franz Damm zu Dürhof um Gewährung eines Staatszuschusses zum Aufwand für ihren Anschluß an die vorhandene Kreisstraße. Die Kommission beantragt, die Petition der Regierung empfehlend zu überweisen.

Hr. Neuhaus (Zentr.) befürwortete die in der Petition niedergelegten Wünsche und ersuchte das Haus, dem Kommissionsantrage zuzustimmen.

Hr. Oberregierungsrat Böhmbeck legte kurz den Standpunkt der Regierung dar. Nach Lage der Verhältnisse kann im gegenwärtigen Augenblick von einer Ausführung des Projektes nicht die Rede sein. Die Regierung wird aber die Sache neuerdings einer Prüfung unterziehen.

Nach weiteren kürzeren Bemerkungen des Hr. Neuhaus (Zentr.) wurde der Antrag der Kommission einstimmig angenommen.

Hr. Büttner (Zentr.) erstattete Bericht über die Petition der Gemeinden Rankholzen, Bettman, Wohligen, Gaienhofen, Gemmenhofen, Horn, Dehnungen, Radolfzell, Ueberlingen a. S., Wangen und Weiler um Bewilligung eines Staatszuschusses zum Bau einer Lokalbahn von Radolfzell über Wohligen nach Dehnungen. Der Antrag der Kommission ging auf empfehlende Ueberweisung.

Hr. Giesler (Zentr.): Auf die Notwendigkeit der Erstellung der Bahn ist schon auf dem letzten Landtage hingewiesen worden. Auch jetzt erkennt die Kommission das Bedürfnis für die Bahn an und ich hoffe, deshalb, daß die Regierung sich nun auch auf den gleichen Boden stellt. Ich möchte die Regierung bitten, zu erklären, daß sie zur Gewährung eines Staatsbeitrags bereit ist.

Ministerialdirektor Schulz: Der Bau einer Staatsbahn kann nicht in Aussicht gestellt werden. Die Petition verlangt, die Zusage eines bestimmten Staatszuschusses. Die Regierung ist nicht in der Lage, eine bestimmte Zusage zu machen, so lange kein Unternehmer vorhanden ist, der mit Vorschlägen hervortritt. Grundsätzlich lehnt die Regierung die Gewährung eines Zuschusses nicht ab.

Hr. Benedey (Dem.) trat den Ausführungen des Hr. Giesler bei. Es besteht ein stark wirtschaftliches Bedürfnis für den Bau einer Bahn in der in Frage stehenden Gegend. Ich möchte die Regierung bitten, mit freigebiger Hand den Wünschen der Petenten entgegenzukommen.

Dem Antrage der Kommission wurde sodann zugestimmt.

Hr. Neß (nrtl.) berichtete über die Bitte des Gemeinderats Schweningen um Errichtung einer Eisenbahnhaltestelle für Vortzüge am Nordende von Schweningen.

Die Kommission beantragte Uebergang zur Tagesordnung.

Erster Vizepräsident Dr. Wilsens, der inzwischen den Vorsitz übernommen hat, gab bekannt, daß ein Antrag der Hr. G. Jhrig und Gen. angenommen ist dahingehend, die Petition der Regierung in dem Sinne zur Kenntnisnahme zu überweisen, daß die Regierung die Bitte des Gemeinderats Schweningen einer nochmaligen Prüfung unterzieht.

Hr. Jhrig (Dem.) begründete kurz den Antrag, wobei er unter Hinweis auf die Schwelger Verkehrsverhältnisse die Notwendigkeit der Errichtung der Haltestelle betonte.

Ministerialdirektor Schulz: Eine eingehende Prüfung dieser Angelegenheit hat bereits stattgefunden, es kann also durch eine weitere Prüfung nichts neues mehr festgestellt werden. Die Regierung kann dem Wünsche nicht entsprechen.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen der Hr. Neuhaus (Zentr.), Wittum (nrtl.), Jhrig (Dem.) und Neß (nrtl.) wurde der Antrag Jhrig mit allen gegen 13 Stimmen abgelehnt und damit der Kommissionsantrag angenommen.

Hr. Pfeifer (nrtl.) erstattete über die Bitte der Gemeinde Gintshagen um Errichtung einer Güterstation Bericht. Der Antrag lautete auf Ueberweisung zur Kenntnisnahme.

Nach kurzen befürwortenden Ausführungen des Hr. Hilbert (nrtl.) stimmte das Haus dem Antrage zu.

Hr. Wittum (nrtl.) berichtete über die Bitte des Gemeinderats Gremelsbach um Errichtung einer Eisenbahnhaltestelle daselbst. Die Kommission beantragt Ueberweisung zur Kenntnisnahme.

Nach einem Kriminalroman eine große Erzählung des russischen Barfüßlers, des Dichters der Kämpfer für Freiheit und Wohlfahrt, des vielgenannten Maxim Gorki. Eine Frau ist die Hauptperson des Romans, eine Mutter, die in Zusammenhang gebracht ist mit den verschlungenen Vorgängen während der russischen Revolution. Seltener ist etwas Besseres über die Denkweise der Frauen, wie sie eine neue Bewegung erfassen und schließlich ihr mit Leib und Seele weihen, geschrieben worden.

Gewiß, der Roman ist nicht für oberflächliche Naturen. Er verlangt einige Gedankenarbeit. Wir sehen darin keine Grafen und Barone, keine Reutnants und Panierträger, sie kriegen sich auch nicht. Aber wir sehen viel mehr: Das russische Arbeiterleben tut sich vor uns auf mit seinen Freuden und Leiden. Und deswegen haben wir das Vertrauen zu unsern Leserinnen, daß sie mit Eifer an den neuen Roman gehen. Im Anfang werden sie „die spannende Handlung“ vermischen, bald aber wird das Interesse für die Gedanken des Romans wachsen. Wir werden auch, sofern es nur irgend möglich ist, täglich fünf kleine Spalten bieten, um die Leser rascher mit dem großangelegten Roman vertraut zu machen. Und nun ans Werk!

Ermahnt sei noch, daß der Roman in Rußland verboten ist. Warum? Das erfahren die Leser sehr bald selbst.

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

Einzig autorisierte Uebersetzung von Adolf Geh.

1) (Nachdruck verb.)

Erster Teil.

Jeden Tag gitterten und brüllten in der räucherigen, öligen Luft über der Arbeiterstadt die Röhren der Fabrikdampfmaschine, und dem Ruf der Dampfmaschine gehorchend, kamen aus den kleinen grauen Häusern mürrische Leute, die ihre Muskeln durch Schlaf nicht hatten erfrischt können, gleich erschöpften Schwaben geschäftig auf die Straße gelaufen. In der kalten Dämmerung schritten sie auf der jämmerlichen ungeräumten Straße zu den

Nach Befürwortung des Antrages durch den Hr. Bins (nrtl.) im Auftrag des verhinderten Hr. Wörner und durch den Hr. Dr. Heimbürger (Dem.) sowie nach kurzen Bemerkungen des Ministerialdirektors Schulz fand der Antrag Annahme.

Hierauf gelangte eine Anzahl Verträge der Kommissionsmission zur Beratung.

Hr. Dieterle (Zentr.) erstattete Bericht über die Petition der Motorbootgesellschaft Bodman G. m. b. H. um Gewährung eines Staatszuschusses. Der Kommissionsantrag lautete auf empfehlende Ueberweisung.

Derselben wurde nach kurzen empfehlenden Bemerkungen des Hr. Giesler (Zentr.) zugestimmt.

Hr. Fehr v. Gleichenstein (Zentr.) berichtete über die Petition des Verbandes badischer Gastwirte um steuerliche Befreiung ihres Hausstranks. Die Kommission beantragt, die Petition der Regierung insoweit empfehlend überweisen, daß die von der Regierung in Aussicht genommenen steuerlichen Erleichterungen in Vollzug gesetzt werden, sie im übrigen der Regierung zur Kenntnisnahme überweisen als Material für eine künftige Revision des Weinsteuergesetzes.

Hr. Dr. Blankenhorn (nrtl.) kam des Näheren auf die gesetzlichen Bestimmungen über die Steuerbefreiung des Hausstranks zu sprechen und betonte, daß die Stellung der Regierung der Petition gegenüber ein großes Entgegenkommen ist. Dem Antrage der Kommission kann man zustimmen.

Hr. Bauschbach (Konf.): Ich hätte gewünscht, die Kommission hätte die ganze Petition der Regierung empfehlend überweisen. Es wird jetzt so oft verlangt, daß die Fleischkassette aufgehoben werden. Ich bin der Ansicht, daß man mit dem gleichen Rechte die Aufhebung der Weinsteuer verlangen kann. Ich bitte die Regierung, wenn sie die Fleischkassette aufhebt, auch die Weinsteuer aufzuheben.

Der Kommissionsantrag wurde hierauf angenommen. Nach einem Verdict des

Hr. Wiedemann (Zentr.) überwies das Haus die Petition der Unterhändler Fidor Karle Witwe in Langenbrücken um Unterstützung empfehlend.

Es berichteten weiter

Hr. Bels (Zentr.) über die Bitte der Philipp Eberhard Witwe hier um güttsweise Bewilligung eines Unterstühtungsgehhalts und

Hr. Müller (nrtl.) über die Petition des früheren Grenzaufsehers Franz Schall in Luttligen um Wiederverwendung im Staatsdienste.

Bezüglich der ersteren Petition ging der Antrag der Kommission auf Ueberweisung zur Kenntnisnahme, bezüglich der zweiten Petition auf Uebergang zur Tagesordnung.

Beiden Anträgen wurde ohne Debatte zugestimmt und dann die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 9 Uhr. Tagesordnung: Budgetnachträge und Petitionen.

Badische Politik.

Für einjährige Budgetperioden

plädierte in der ersten Kammer Herr Oberbürgermeister Winterer, indem er u. a. ausführte:

„Im allgemeinen würden wir wünschen, daß der Landtag überhaupt für die Zukunft in jedem Jahre zu einer kürzeren Sitzung zusammenzutreten würde, dann wäre es nicht notwendig wie jetzt, wo der Landtag nur alle zwei Jahre zusammentritt, bis in den Hochsommer hinein zu tagen. Es würde dadurch nicht nur das Niveau unserer Volksvertretung an sich wesentlich gehoben, sondern auch die Gesetzgebung würde dadurch bedeutend gewinnen. Ein arbeitsfreies Parlament arbeitet gründlicher und überlegter wie ein abgearbeitetes und nervöses. Vielleicht überlegt es sich die Größe der Regierung, ob nicht auch für sie jährliche Tagungen borthelphafter wie solche alle zwei Jahre wären. Im Grunde genommen hat eigentlich die Regierung an einer prompten Erledigung der gesetzgeberischen Geschäfte das gleiche Interesse wie die Volksvertretung.“

Wir möchten diesen Worten ausdrücklich unsere Zustimmung geben. So wie in den letzten Jahren kann das unmöglich weitergehen. Zurzeit ist es kaum noch möglich, die Kommissionen in beschlußfähiger Zahl zusammenzuhalten. Die Arbeiten der Volksvertretung wachsen von

Tag zu Tag, das zeigt die Zahl der Gesetzesentwürfe. Man wird also künftig ohnehin mit dem jetzigen System nicht mehr zurecht kommen. Wenn jetzt der Landtag nicht vertagt wird, bleiben eine Anzahl wichtiger Gesetzesentwürfe liegen, andere, wie der über die Verteilung der Steuern, können nicht einmal mehr zur Vorlage. Wir empfehlen daher die Anregung des Herrn Oberbürgermeisters Winterer zur Beachtung und möchten vor allem wünschen, daß auch die zweite Kammer sich dieselbe zu eigen macht.

Neuerdings verlautet, die Regierung beabsichtige, den Landtag unter Umständen bis Ende August zusammenzuhalten. Gegen eine solche Zumutung müßte der Landtag entschieden protestieren und rechtzeitig Gegenmaßnahmen treffen.

Was wird Herr Wieland tun?

Die Mannheimer „Volksstimme“ teilt ihren Lesern die Absicht des Herrn Wieland mit, gegen den „Volksfreund“ flagrant vorgehen zu wollen, und bemerkt dazu: „Wir würden es lebhaft bedauern, nicht dabei zu sein, wenn der Beurteilung des Gerichts ein Fall von persönlicher Selbstentfremdung unterbreitet würde, wie wir ihn an einem im politischen Leben stehenden Manne bisher noch nicht erlebt haben. Herr Wieland hat also vielleicht die Güte, seinen Strafantrag auch auf uns auszudehnen. Wir haben ihm heute, um ihm diese Maßnahme zu erleichtern, ein Exemplar unseres Blattes vom letzten Mittwoch überhandt, in dem unsere Ansicht über sein unerhörtes Verhalten gegenüber der Anpöbelung des schwarzen „Süd. Volksbl.“ enthalten ist. Nachdem der „Bad. Beobachter“, das führende Zentrumsorgan, die anmaßende Unverschämtheit des genannten Hohenwaldmiedels in schärfster Weise zurückgewiesen und ausdrücklich erklärt hat, daß der vernünftige Katholik einem Andersgläubigen niemals zumuten könne, gegen seine Ueberzeugung sich irgendwie an religiösen Feiern der „Alleinseigmachenden“ zu beteiligen, ist die Position des jungliberalen Geldes ja nur noch prekärer geworden. Er hat sich buchstäblich päpstlicher geget als der Papst, und seine Klage gegen den „Volksfreund“ wird dadurch nur um so seltsamer.“

Feuer unterm Dach.

Ist bei den Nationalliberalen, weil wir uns erlauben, die illoyale Art zu beleuchten, in welcher der Hr. Dr. Dörflicher sein Schlufwort bei den Beamtenvorlagen gegen unsere Partei mißbraucht. Der „Mannheimer Generalanzeiger“ tut fürchterlich entrüßtet und droht der Sozialdemokratie in aller Form. Nun, damit wird das Mannheimer Quertreiberorgan kaum irgendwo Eindruck machen. Was wir gegen Herrn Dr. Dörflicher zu sagen hatten, war notwendig. Herr Dr. Dörflicher hat es in der Gewohnheit, die Leute so von oben herab zu behandeln und lächerlich zu machen. Wenn er das in einer gedöhlenden Rede tut, kann man ihm antworten. Fröhnt aber Herr Dr. Dörflicher dieser seiner lieben Gewohnheit, indem er das Schlufwort als Berichterstatter mißbraucht, so daß der oder die von ihm Verböhdnten sich dagegen nicht mehr verteidigen können, so muß eben Herr Dr. Dörflicher sich die Antwort in der Presse gefallen lassen. Daß diese Antwort unter solchen Umständen etwas fassiger ausgefallen ist, sei zugegeben, es schadet aber nichts, im Gegenteil. Behauptungen über den Ton brauchen wir deshalb von der nationalliberalen Presse nicht entgegenzunehmen, am allerwenigsten aber vom Mannheimer „Generalanzeiger“, dessen „guter Ton“ der sozialdemokratischen Partei gegenüber gerichtsnotorisch ist. Wir erinnern nur an die Berichterstattung über den Mannheimer Parteitag. Wenn wir die Herrschaften auf der richtigen Stelle getroffen haben, kennen sie immer über den Ton. Wir kennen diese Methode und lassen uns deshalb nicht verstimmen.

Herr Dr. Dörflicher soll künftig in loyaler Weise seine Späße über den sozialdemokratischen Zukunftsstaat machen, dann werden ihm solche Antworten in der Presse erspart bleiben. Im übrigen können es die Herren von der nationalliberalen Partei jetzt und fürderhin halten, wie sie wollen, wir machen es nämlich ebenso.

Wenn sie einander begegnen, sprachen sie über die Fabrik, über die Maschinen, schimpften auf die Meister — sprachen und dachten nur das, was ihnen nahe war und deutlich mit der Arbeit zusammenhing. Nur vereinzelte Funken ungeordneter, kraftloser Gedanken leuchteten in der langweiligen Rede der Tage auf. Nach Hause zurückgekehrt, sanken sie mit ihren Frauen und schlugten sie oft unarmherzig. Die Jugend sah in den Wirtschaften oder veranstaltete abendliche Zusammenkünfte, spielte Harmonika, sang zotige, unschöne Lieder, tanzte, führte garstige Reden und tranl. Von der Arbeit erschöpft, wurden die Menschen schnell betrunken, und in der Wurst jedes einzelnen ermahnte eine ganz unverfändliche, krankhafte Erregung, die einen Ausweg forderte. Sie griffen krampfhaft nach jeder Möglichkeit, dieses Gefühl der Anruhe zu entladen, fielen wegen unbedeutender Kleinigkeit mit der freifendenden Wosheit wilder Tiere übereinander her. Da entfianden dann blutige Zänkerereien. Bisweilen endeten sie mit schweren Verletzungen, selten — mit Totschlägen.

Im Verhalten der Leute gegeneinander kam am meisten gerade dieses Gefühl lauernder Wosheit zum Vorschein, das ebenso eingezugelt war, wie die unheilbare Müdigkeit der Muskeln. Die Leute wurden mit dieser krankhaften Erregung geboren, sie war ihnen von ihren Vätern vererbt, begleitete sie wie ein Schatten bis zum Grabe und veranlaßte sie im Leben zu einer Reihe von Handlungen, die durch ihre zwecklose Grausamkeit abschreckend waren.

An Festtagen kam die Jugend spät nachts mit zerrissener Kleidung, in Schmutz und Staub, mit zerschlagenen Gesichtern zu Hause an und prahlte bössartig mit Schlägen, die man den Freunden beigebracht; wenn sie aber ihrerseits von anderen getränkt war, schrie sie zornig über unter Tränen über die erlittene Schmach, betrunken und kläglich, unglücklich und abstoßend. Bisweilen geleiteten die Mütter und Väter die Durfschen nach Hause. Sie hatten sie irgendwo auf der Straße oder in der Wirtschaft sinnlos betrunken angetoffen, schimpften sie unflätig, schlugen die weichen, durch Branntwein entkräfteten Kinderleiber, legten sie dann mehr oder minder sorgfältig schlafen, um sie frühmorgens, wenn das bössartige Brüllen der Fabrikpfeife als dunkler Strom durch die Luft floß, zur Arbeit zu wecken. Sie schimpften und schlugen die Kinder aufs heftigste; gleich-

Keine Begeisterung für die Kriegsflotte.

In Saalbau Wiehre in Freiburg sahen am vorigen Mittwoch Abend so 60 Personen und lauschten dem Vortrage des Generalleutnants Tidemanns über das Thema: „Die Bedeutung einer unsern Handel schützenden Kriegsflotte für die deutsche Arbeiterschaft“. Die reichsparteiliche Gruppe hat wenig Glück mit ihrem auf die Arbeiterschaft berechnenden Vortrage. Kaum 1 1/2 Dutzend Arbeiter hatten sich eingefunden; ferner waren anwesend 3 Damen, einige Flottenvereiner, einige Studenten und wohlgenährte Professoren. Damit kann keine Propaganda für mehr Schiffe entfaltet werden.

Die Arbeiterbildungsvereine im Wiesental.

In der Nummer 145 des Schöpfheimer „Markt. Tageblattes“ lesen wir, daß am 21. Juni in Brennet der Schöpfheimer Auschuß des Rhein- und Wiesentäler Gauverbandes der Arbeiterbildungsvereine tagte. Der Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Wahl des Gauvorstandes, da der bisherige Amtsinhaber Lazus wegen Verletzung seinen Posten niederlegte. Der Wahlkommissionen wurde beauftragt, innerhalb 14 Tagen den Gauvorstand zu wählen. Am 10. Juni wurde auf der Schöpfheimer Tagung der Schöpfheimer Ratsschreiber Specht definitiv zum Gauvorstand gewählt, doch kaum 2 Wochen nach dessen Wahl mußte Sp. seinen Posten an dem anvertrauten Posten niederlegen. Der W. Arbeiterbildungsvereine geht ruhig über das „muhte“ hinweg. Nun, wir wollen hier die Gründe etwas untersuchen. Unseren Lesern ist noch erinnerlich, daß seinerzeit in einem Birgtauschuß-Sitzungsbericht der Dienstvertrag mit Sp. entsprechend kritisiert wurde. In dem Dienstvertrag befindet sich die Klausel, daß Sp. alle bisher innegehabten Vorstandsämter, und es waren deren nicht so wenig, niederlegen mußte (mit Ausnahme des für die Sanitätskolonne). Außerdem, daß auch jede Pflichtverletzung Grund zur sofortigen Entlassung sei.

Seit dreiviertel Jahren vertritt nun Sp. seinen Dienst und er hat die vollständige Reorganisation der inneren Verwaltung auf dem Rathaus mit durchgeführt, wobei wir nebensächlich bemerken, daß durch die Übernahme obiger Reorganisation wir mit unseren bisherigen Behauptungen in puncto früherer Gemeindevirtschaft nur noch mehr bekräftigt sind. Die Dienstleistungen des Sp. müssen zur Beanstandung bisher keinen Anlaß gegeben haben, ansonst die Vertragsklausel der sofortigen Entlassung bereits Anwendung gefunden hätte. Am 10. Mai wird Sp. zum bereits genannten Gauvorstand gewählt.

Von gut unterrichteter Seite teilt man uns mit, daß Sp. sofort beim Gemeinderat unter Berufung auf die persönliche Freiheit schriftlich und mündlich um Aufhebung des ersten Teils der Vertragsklausel nachsuchte, den er seinerzeit nur unter dem Druck bestehender Verhältnisse einging. Auch die Gauverwaltung der Arbeiterbildungsvereine soll ähnlich vorgegangen sein, wie es aber scheint, erfolglos; denn in Brennet wurde bereits Ersatz gesucht und gefunden. Erwürdigter „Liberalismus“, der einem Gemeindebeamten Vorschriften macht über das, was er tun und lassen soll. Wo bleibt da der Terrorismus der Sozialdemokraten, über den gerade die Herren Liberalen nicht genug und oft schreien? Es steht doch noch immer der zweite Teil der Klausel, die „sofortige Entlassung“, zur Verfügung; oder bietet das nicht genügenden Schutz? (!) Dabei wollen wir noch daran erinnern, daß Sp. seinerzeit ein sehr eifriges und tätiges Vorstandsmittglied der jungliberalen Partei war; gab es etwas, wozu sonst keiner taugte oder was andere nicht gerne machten, so war Sp. gerade der rechte Mann und jetzt binden ihn seine Parteigenossen an Händen und Füßen. Ist das der segensbringende Liberalismus?

Wir haben keinen Anlaß, Sp. in irgend einer Art zu verteidigen, er ist auch heute noch politisch ein Gegner von uns; aber wenn eine liberale Gemeindeverwaltung einem Gemeindebeamten die freie Betätigung außerhalb des Dienstes unmöglich macht, so fordert dies geradezu zur Kritik heraus und unverständlich für manchen ist es, daß es wieder nur die Sozzen sind, die den Mut hierzu haben.

An Stelle von Ratsschreiber Specht wurde nun in Brennet Gewerkschaftsratsvorsitzender Ruhn aus Schöpfheim zum Gauvorstand

zeitig erschienen aber die Trunkenheit und das Gezänk der Jugend den Alten als eine gefürchtete Tatsache. Als die Väter jung waren, hatten sie auch getrunken und sich geschlagen und ihre Mütter und Väter hatten sie ebenfalls geprügelt. Das Leben war immer so — es floß in einem trüben Strom gleichmäßig und langsam Jahr für Jahr dahin und wurde durch feste, uralte Gewohnheiten: Tag für Tag ein und dasselbe zu tun und zu denken, zusammengehalten. Und es schien, als hätte niemand weber Zeit, noch den Wunsch, eine Veränderung zu versuchen.

Manchmal kamen von irgendwoher fremde Leute in die Vorstadt. Zuerst lenkten sie die Aufmerksamkeit einfach auf sich, daß sie Fremde waren, dann erregten sie durch Erzählungen von den Stellen, an denen sie gearbeitet, ein leichtes äußeres Interesse für sich, schließlich aber ging der Reiz der Neugier an ihnen verloren, man gewöhnte sich an sie, und sie wurden nicht weiter beachtet. Aus ihren Erzählungen ging hervor, daß das Leben des Arbeiters überall dasselbe sei. Wenn dem aber so war — worüber sollte man sich dann unterhalten?

Wisweilen erzählten aber einige von ihnen fremdartige, in der Vorstadt noch nie gehörte Dinge. Mit diesen stritt man nicht, sondern hörte ihnen ungläubig zu. Ihre seltsamen Reden erweckten bei den einen blinden Zorn, bei den anderen dumpfe Unruhe, die dritten endlich beunruhigte ein leiser Schimmer von Hoffnung auf etwas Unlares, und man traut reichlicher, um die überflüssige, lästige Unruhe zu unterdrücken.

Wenn die Vorstädter an einem Fremden etwas Ungewöhnliches wahrgenommen hatten, konnten sie ihm das lange nicht vergessen, und ihr Verhalten gegen einen solchen Menschen, der ihnen nicht gleich, war von ganz unverantwortlicher Furcht diktiert. Sie hatten gleichsam Angst, dieser Mensch würde in ihr Leben etwas hineintragen, was dessen trostlos einförmigen, zwar schweren, aber doch ruhigen Verlauf stören könnte. Die Menschen waren daran gewöhnt, daß das Leben sie mit stets gleicher Kraft niederdrückte, sie erwarteten keine Veränderung zum Besseren und glaubten, alle Veränderungen könnten nur den auf ihnen lastenden Druck vermehren.

So zogen sich denn die Vorstädter von Leuten, die ungewöhnliche Dinge sprachen, schweigend zurück. Dann verschwanden diese Leute wieder irgendwohin, oder wenn sie in der Fabrik blieben, lebten sie für sich, wenn sie nicht verstanden, mit der einsörmigen Masse der Vorstädter sich zu einem Ganzen zu verschmelzen. . . .

„Gatte man dieses Leben fünfzig Jahre lang gelebt — so starb man.“

(Fortsetzung folgt.)

gewählt; somit ist, wie der W.-Arbeiter schreibt, der Verlust wieder verschmerzt. Nun, Herr Ruhn ist gerade der rechte Mann dazu, über alles, was in der heutigen kritischen Zeit den Arbeiter drückt, mit schönen geschmeidigen Redensarten hinwegzutäuschen. Unsere Parteigenossen des hinteren Wiesentals hatten während der Reichstagswahl 1907 genügend Gelegenheit, den Herrn kennen zu lernen. War er doch derjenige, der in den liberalen Versammlungen die Verhältnisse in unseren herrlichen Kolonien aus eigener Anschauung so „glänzend“ zu schildern wußte und mit seinen Lobeserhebungen über „unser Afrika“ gar nicht fertig werden konnte. Man fragt sich, warum sich eigentlich dieser Herr bei uns noch als Gewerbelehrer durchs „irdische Jammerthal“ schlägt und nicht schon längst das afrikanische Paradies wieder aufgesucht hat.

Wahrscheinlich ist R. der Meinung, daß er in Deutschland zurzeit in der Bekämpfung der Sozialdemokratie unentbehrlich ist und deshalb seine Rückkehr nach Afrika vorläufig aufgeschoben werden muß. Duzende von Schülern, welche die hiesige Gewerbeschule besuchten, versichern uns, daß R. seine wichtigste Aufgabe darin erblickt, seine Schüler vor den „Sozzen“ gruselig zu machen und nicht genug über sein „geliebtes Afrika“ zu erzählen weiß. Wir geben dem Herrn den guten Rat, die Schulstunden zu dem zu benutzen, was der Stundenplan vorschreibt; denn unsere Handwerkermeister hätten für die Lehrlinge in der Werkstätte viel Wichtigeres und Nützlicheres zu tun, als die „Aneinanderreihung“ eines zukünftigen „Volkstredners“ anzuhören.

Nun, eines wollen wir noch am Schlusse festhalten; in einer der letzten Nummern des „Markt. Tagebl.“ wird ausgeführt, welchen Verufen unsere neugewählten preussischen Landtagsabgeordneten angehören, es heißt zum Schlusse, daß unter den 8 Abgeordneten der Arbeiterpartei kein einziger Arbeiter sei.

Dieser Vorwurf unserer Partei gegenüber ist so abgedroschen, daß es sich nicht verlohnt, nur ein Wort darüber zu verlieren; nur eine Frage möge uns die „Schöne Markgräferin“ in Schöpfheim recht bald beantworten: Warum wählte der Gauverband der Arbeiterbildungsvereine des Rhein- und Wiesentals keinen Arbeiter, sondern einen Gewerbelehrer zum Vorstand? H. A. W. G.

Finanzminister Dr. Kossell ist nach Berlin abgereist zur Teilnahme an der Finanzminister-Konferenz.

6. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

6. Verhandlungstag.

Hamburg, den 27. Juni.

Es werden zunächst die Resultate der

Wahlen zur Generalkommission

mitgeteilt. Wiederabgewählt in die Generalkommission sind ihre bisherigen 11 Mitglieder: Legien (Holzarbeiter) mit 303 (von 313 abgegebenen gültigen) Stimmen, Kube (Zimmerer) mit 297, Silberfischmidt (Maurer) mit 274, Rob. Schmidt (Holzarbeiter) mit 263, Knoll (Steinseher) mit 258, Sath (Schneider) mit 258, Sassenbach (Sattler) mit 232, Schumann (Transportarbeiter) mit 232, Döblin (Buchdrucker) mit 220, Cohen (Metallarbeiter) mit 213 und Drunzel (Töpfer) mit 199 Stimmen. Neu hinzugegewählt werden: Bauer (Bureauangestellter) mit 175, R. Hüßler (Textilarbeiter) mit 171 Stimmen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist

Die Organisation zur Erziehung der Jugend.

Referent Robert Schmidt, Berlin: Die Gewerkschaften sind der Jugendziehung und -Organisation nicht rechtzeitig nachgegangen. Sie hätten viel besser daran getan, sofort, als die ersten Regungen einer selbständigen Jugendbewegung sich zeigten, ihrerseits die Erziehung der Jugend in die Hand zu nehmen, statt die Bewegung ihre eigenen Wege gehen zu lassen, die nicht immer allgemeine Sympathie und Befriedigung zu erwecken vermochten. Wir sind aber, auch wenn wir uns den Vorwurf machen müssen, daß die deutschen Gewerkschaften auf diesem Gebiete sehr nachlässig gewesen sind, jetzt doch gezwungen, für die Organisation der Jugend zu sorgen; denn einmal stehen wir den ganz neuen Rechtsverhältnissen des

Reichsvereinsgesetzes

gegenüber, und sodann steigt die Zahl der Jugendlichen, der Kinder und Frauen, die in der Industrie tätig sind, rasch und dauernd. In den letzten 10 Jahren ist die Zahl der jugendlichen Arbeiter in der Industrie um 10 Prozent gestiegen, noch stärker die Zahl der Kinder, deren wir jetzt 11 000 in der Industrie haben, und der Frauen. Das legt uns eine wirtschaftliche Notwendigkeit auf, diese Personen zu organisieren. Vor allem müssen wir für die strengste Durchführung der Kinder- und Lehrlingschutzgesetze sorgen. Das müssen wir tun; denn die Gewerbeinspektion hat das ungeheure Wachstum der Ueber-tretungen nicht zu verhindern vermocht und fährt nur gelegentlich davon. Mit den Lehrlingschutzkommissionen der Lehrlinge aber verhandelt man seitens der Meister nicht so wie mit den Lehrlingschutzkommissionen der erwachsenen Arbeiter, die hinter sich die Macht der Organisationen haben. Sehr wertvoll sind auch die

Kinderschutzkommissionen,

wie unsere Genossinnen solche in Dresden zuerst gegründet haben. Tatsächlich sind die vielen Zieh- und Koffkinder, aber leider auch manche Kinder im Hause unfähiger Eltern ohne den genügenden Schutz. Da müssen wir die Kinder schützen, genau so wie in der Fabrik gemäß den Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung für Frauen und Jugendliche. Neben den rein wirtschaftlichen Aufgaben erwachsen uns bei der Organisation der Jugend erzieherische Aufgaben. Arbeiterschutzbestimmungen und Arbeiterversicherung sind der Jugend dann der miserablen Erziehung der Volksschule ganz unbekannt. Daher die vielen Gefahren der Jugenderziehung, die leider allzu häufige frühzeitige Berufsinvalidität. Weiter kommt in Betracht der einseitige und

geschäzte Religionsunterricht

und Geschichtsunterricht in der Volksschule. Auf dem evangelisch-sozialen Kongreß hat selbst ein uns so fremder Mann wie Professor Delbrück über die schematische dogmenlehrende und den Heroenkultus im Geschichtsunterricht geklagt. Dieser Volksschulunterricht bedarf dringend der Ergänzung im freizeitlichen Sinne. Das ist um so notwendiger, als unsere Gegner in der Frage der Jugendziehung mit außerordentlichem Erfolg tätig geworden sind. Allein in den evangelischen Junglings-

vereinen sind 110 000 Jugendliche zusammengedrängen. Demgegenüber ist unsere Jugendbewegung mit höchstens 10 000 festen Mitgliedern klein und unbedeutend. Aber vor allem gilt es, der Jugend sittlichen Galt zu geben, denn das braucht die Arbeiterbewegung und die Gesellschaft. Sind doch heute 10 Prozent der Verbrecher Jugendliche, 25 Prozent aller Diebe, 26 Proz. aller räuberischen Exzessier,

35 Prozent aller Brandstifter sind Jugendliche. Da helfen keine Bibelsprüche, da vermag die christliche Lehre; denn diese sozialen Schäden sind wieder die Folgen tiefer sozialer Missetaten, geistiger Verkrüppelung und Vererbung von Krankheiten, schlechter Erziehung und schwerer Lebenskämpfe. Wie leicht ist dann durch eine Gefängnisstrafe die Brücke hinter den Jugendlichen abgebrochen und sie in das Gefängnis, dieser Brutstätte des Lasters und Verbrechens, (Sehr wahr!) eingeführt. Die Jugendlichen hinter den Gefängnistoren sind meist schon gänzlich verloren. Ein sehr böses Kapitel sind auch die unfähigen und interesselosen Pflieger und Vormünder. Oft weigern sie sich sogar aus Scheu vor den Prozeßkosten, unfallverletzten Arbeitern ihre Rechtsansprüche durchzusetzen. Unsere Jugendorganisation hat sich nach ausländischem Vorbild gebildet und gerade das Schlimmste von ihr gelernt. In starker Romantik haben die Jugendorganisationen sich dem Antimilitarismus in die Arme geworfen. Aber der Militarismus ist in Deutschland viel strenger und die Strafen für Vergehen viel härter als im Auslande. Unsere Jugendlichen gingen da auf ein außerordentlich gefährliches Gebiet, auf dem sie nie vorwärts gekommen wären. Wir wollen nicht dulden, daß die Jugendlichen sich an der stählernen Wehr des Militarismus den Kopf einrennen. Diese politische Form des Militärsystems stirbt schon ab, wenn die wirtschaftlichen Formationen sich ändern. Die einzige Aufgabe der „Jugendorganisation“ erblicken wir in der Förderung der

Allgemeinbildung.

Wir wollen weniger eine Organisation, als ein Stätte der Bildung und Erziehung. Die junge Garde soll zu überzeugten Anhänger der sozialistischen Bewegung werden, aber sie soll sich nicht selbst planlos mitten in den Kampf stürzen. Wie soll nun die Organisation gestaltet werden? Die Gewerkschaftsbewegung wird auch die Jugendlichen nicht entbehren können. So ist z. B. der Transportarbeiterverband auf die Jugendlichen bei ihrer Lohnbewegung angewiesen. Auch der Lithographen- und Steindruckerverband hat sich veranlaßt gesehen, eine Jugendabteilung zu gründen. Die Lehrlinge allerdings wollen wir nicht in den wirtschaftlichen Kampf hineinziehen. Wir haben nicht das mindeste Interesse daran, ihre ganze Entwicklung zu unterbrechen oder ganz zu fördern. Der

arbeitenden Jugend

kommen auch nicht zu: Arbeitsnachweis, Jugendchutz und Eingriff in wirtschaftliche Kämpfe. Da müssen wir uns die Einmischung der Jugendlichenorganisation erbitten, denn das sind Aufgaben der Gewerkschaften. Wir wollen die Jugendlichen erziehen und bilden, aber wir wollen keine unflare politische oder gewerkschaftliche Pöselei. Auch der Lehrlingschutz kann nicht gefördert werden durch kindische Schwäche und Vereidigung des einzelnen Meisters, wie in den bisherigen Jugendvereinen. Es darf nicht der Lehrling zu einem Meister gehen und sagen: „Du bist ein großer Schweinegel!“; denn nimmt ihn der Meister natürlich an den Ohren und führt ihn zur Tür. (Geisterzeit.) Gewiß ist auch für den Lehrlingschutz die Mitwirkung der Jugendlichen selbst erforderlich, aber nicht in dieser von vornherein unwirksamen und schädlichen Form. Auch die politische Partei will sich, so viel ich vom Vorstande gehört habe, in ihren politischen Entscheidungen nicht von den Jugendlichen hineinreden lassen. Sie haben ja an der internationalen Jugendkonferenz in Stuttgart gesehen, wie nicht gerade in erhebender Weise, aber mit

außerordentlichem Lantam

über die wichtigsten politischen Fragen von den Jugendlichen abgestimmt wurde. (Geisterzeit.) Wie schön kam da das „Weltbewußtsein“ zum Ausdruck und der Stolz, Träger einer großen Idee“ zu sein. Ueber politische Fragen entscheidet und internationale Beziehungen pflegt die politische Partei, nicht die Jugendorganisation. Vereinspielerei und Vereinsmeierei der Jugendlichen hören bei uns auf! Träger des politischen Kampfes ist die Parteiorganisation, des wirtschaftlichen Kampfes die Gewerkschaft. So wollen wir es auch in Zukunft halten! (Beifall.) Nun hat die

„Leipziger Volkszeitung“

Legien und mich angegriffen, weil wir in den „Sozialistischen Monatsheften“ auch die Notwendigkeit der körperlichen Erziehung der Jugend betont haben und zitiert haben, daß nur in einem gesunden Körper ein gesunder Geist sich. Die „L. V.“ verglich uns daraufhin mit freisinnigen Turnlehrern und empfahl uns als erhebende andere Philisterwahlprüche „Griepopeia, was raschelt im Stroh“ oder „Wer nur den lieben Gott läßt walten“. (Große Geisterzeit.) Ich finde es sonderbar, daß sich die „Leipziger Volkszeitung“ so sehr gegen den „gefunden Geist“ wendet. (Ausrufe bei den Metallarbeitern: Wir wundern uns nicht darüber!)

Nach der historisch-ökonomischen Kenntnis der „Leipziger Volkszeitung“ scheint man also erst einen kleinen Klaps haben zu müssen, um auf den Beifall der „Leipziger Volkszeitung“ rechnen zu können. (Große Geisterzeit und sehr gut!) Ich gehöre auch nicht zu den „Verdroffenen“, sondern zu den Vergnügnen, die stets ihr helle Freude an den radikalen Burzelbäumen haben. (Sehr gut!) Ich erblicke auch heute noch in der Bewegung in freier Luft eine notwendige Gegenwehr gegen die Arbeit in der ständigen Fabrik. Wir brauchen auch körperlich gesunde Arbeiter in der Arbeiterbewegung. Da wollen wir auch keine Sportsvereinsmeierei treiben, wie denn überhaupt die meisten Jugendlichen keinen Pfennig für Vereinsbeiträge übrig haben. (Sehr wahr!) Ohne Verein muß die Jugend zur freien körperlichen Betätigung, zu Spiel und Sport herausgeholt werden aus der Werkstätte und vor allem aus der Kneipe. (Sehr wahr!)

Wenn wir in diesem Sinne arbeiten, dann war das neue Reichsvereinsgesetz mit seinen

Ausnahmebestimmungen

gegen Jugendliche ein Schlag ins Wasser. Wenn wir den Jugendlichen die nötige allgemeine Bildung geben, kommt das Verständnis der Arbeiterbewegung von selbst. Auch das brutale Vorgehenverhältnis der Gesellen zum Lehrling muß in ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis umgewandelt werden. Es wollen wir alle eifrig an die Arbeit gehen, der modernen Arbeiterbewegung einen tüchtigen Nachwuchs zu erziehen. (Beifall anhaltender Beifall.)

Der Referent legt folgende Resolution vor:

„Der Kongreß hält die Förderung der Bildungsbestre-

hungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, ins- besondere die Einführung in die politische und gewerkschaftliche Tätigkeit, für eine wichtige Aufgabe im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse.

Diese Aufgabe wird erreicht werden durch die Veranstaltung guter Vorträge, die der Erkenntnis der Jugend angepaßt sind und vor allem die Gebiete der Naturwissenschaft, Gesundheitspflege, Literatur, Kunst, Technik, Rechtswissenschaft, Volkswirtschaft, Geschichte, Politik und gewerkschaftliche Tätigkeit umfassen. Daneben wird durch Veranstaltungen ernstlich und auch heiteren Inhalts Unterhaltung und Geselligkeit gepflegt werden können, sowie für Sport und Spiel in den Grenzen der Betätigung zu erwidern sein, daß die Teilnahme hieran nicht zu einer Ueberdehnung, zu einer Sportfegerei ausartet.

Für diese Zwecke erscheint die Bildung einer besonderen Jugendorganisation nicht erforderlich, vielmehr werden die Gewerkschaften für ihre jungen Mitglieder und Berufsangehörigen in besonderen Veranstaltungen die Bildung und Erziehung der Jugend im Sinne dieses Programms fördern. Die Teilnahme an den Vorträgen und soweit es möglich ist, auch an den anderen Veranstaltungen, soll den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen unentgeltlich gewährt werden.

Die Arrangements sind in den einzelnen Orten einer Kommission zu übertragen, die von dem Gewerkschaftsamtell und der Parteioorganisation unter Einziehung einiger Vertreter der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen gebildet wird.

Die wirtschaftliche Interessenvertretung und die Entscheidung über politische Parteifragen bleibt nach wie vor lediglich Aufgabe der gewerkschaftlichen bzw. politischen Organisationen.

Der Vorliegende Legien läßt dem Kongreß einen Brief folgenden Wortlauts vorzulegen:

„W. G. I. Mit der Frage der Jugendorganisation befaßt ich gestern Abend eine vom Bildungsausschuß einberufene Sitzung der Jugendorganisationsvorstände Leipzig, die nach lebhafter Debatte einstimmig folgende Resolution annahm:

„Die Vorstände der Leipziger Jugendorganisationen, die mehr als 1000 Mitglieder vertreten, und der Vorstand des Leipziger Arbeiterbildungsinstituts erklären, daß sie die Ausführungen der Genossen Legien und Schmidt, die diese über die Jugendorganisationen in den „Sozialistischen Monatsheften“ gemacht haben, aufs schärfste zurückerwidern müssen. Vor allem erblicken sie in der Selbständigkeit der Jugendorganisationen, an deren Spitze ältere erfahrene Genossen stehen, eine unbedingte Notwendigkeit. Diese Selbständigkeit zu vernichten ist aber die ausgesprochene Absicht der beiden genannten Genossen. Bei der kurzen Existenz der bisherigen Organisationen ist es ein überreifes Urteil, wenn gesagt wird, die Jugendorganisationen seien in ihrer bisherigen Form ein verfehltes Unternehmen, ganz abgesehen davon, daß diese Behauptung mit den Ergebnissen der Jugendorganisationen in Leipzig, Hamburg und in anderen Orten in Widerspruch steht.

Die Jugendorganisation als solche kann nicht ausschließlich Sache der Gewerkschaften sein, da dadurch die Organisation wie die Kräfte vollständig zersplittert würden. Gegenüber dem Verlangen unserer Gegner, schon in der Volkshochschule, insbesondere in den Fortbildungsschulen und den höheren Schulen in verächtlichem Sinne Unterrichtsfächer über das innere Wesen des Staates und die „Wohlthaten“ für die Arbeiterklasse einzuführen, ist es Pflicht der Arbeiterbewegung, die arbeitende Jugend möglichst früh über ihre Lage aufzuklären, was keineswegs eine Ueberladung mit schwierigen wirtschaftlichen Problemen bedeutet. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es nötig, überall mit Unterstützung von Partei und Gewerkschaft Jugendorganisationen ins Leben zu rufen, um so tüchtige Rekruten für die Arbeiterschaft heranzubilden. Wir hoffen daher, daß der Gewerkschaftskongreß zu Hamburg die Selbständigkeit der Jugendorganisationen nicht antastet, sondern im Gegenteil ihnen seine Unterstützung angeheißelt.“

Der Kongreß tritt in die Diskussion ein. Sillier-Berlin (Steindrucker) schildert die Einrichtung der Jugend- und Lehrlingsabteilung seines Verbandes, die er zwungen war durch das Vorgehen der gelben Gewerkschaften. Die Abteilung hat einen Wochenbeitrag von 10 Pf. und eine Kranenunterstützung. Auch eine besondere Jugendzeitung wird schon herausgegeben. Im Vordergrund unserer Tätigkeit steht natürlich die Bildungsfrage und die körperliche Ausbildung. Auf diese Weise haben wir von 4500 Lehrlingen unseres Berufes schon 2500 organisiert. Ich bin daher durchaus der Meinung des Referenten, daß wir die Jugend nur sachlich und körperlich, nicht politisch bilden sollen. (Lebhafter Beifall.)

Fromm-Leipzig (Metallarbeiter): Auch ich bin nicht etwa dafür, daß man den Jugendlichen einseitig einbläut, was sie später noch aus eigenem genügend erkennen. Aber ich weiß doch nicht, ob nicht eine besondere Jugendorganisation unter Umständen nützlich sein kann, es fehlen uns ja noch die Erfahrungen. Deshalb wollen wir uns noch nicht festlegen, und ich bitte Sie, den Absatz 3 der Resolution Schmidt zu streichen.

Josephson-Hamburg: Daß die Zuschrift aus Leipzig von keinerlei Sachkenntnis getrübt ist, beweist die Verurteilung auf den Hamburger Jugendbund, der nur eine Abteilung des Fortbildungsvereins ist. Für die Jugendorganisationen muß eine Altersgrenze festgehalten werden, sonst werden sie wie teilweise im Auslande zu Zummelplätzen Mißvergnügender, die in der Partei nicht durchdringen konnten. So haben z. B. in Christiania die „Jugendlichen“ bei den letzten Stadtverordnetenwahlen sechs Sitze für sich verlangt. (Große Heiterkeit.) Auf die Gefahr hin, daß ich auch für einen freisinnigen Lehrlehrer gehalten werde (Heiterkeit), spreche ich meine Ueberzeugung aus, daß die Jugendlichen vor allem einen gesunden Körper als Sitz eines gesunden Geistes behalten oder erhalten müssen. (Beifall.)

Mollenhuth-Berlin (als Gast): Ich möchte in Ergänzung des Referats nur, um Mißverständnisse zu vermeiden, hervorheben, daß wir die antimilitaristische Agitation nicht wegen der „eisernen Disziplin“ und der „hohen Strafen“ verwerfen. — Das ist nicht unsere Art, etwas aus Furcht zu lassen, ich erinnere nur an das Sozialistengesetz — sondern daß wir sie ablehnen müssen, weil sie überhaupt keine sozialistische Bewegung ist, sondern nur ein Auswuchs des Kleinbürgerlichen Radikalismus. Wir sehen im Militarismus nur ein Werkzeug des Kapitalismus und uns kommt es darauf an, den Kapitalismus selbst zu beseitigen. (Beifall.) Der Weg, der zur sozialistischen Jugend- erziehung führt, braucht von Anfang an nicht politisch auszu-

sehen! Auch nach Davids Referentenführer (Zuruf Gues: Aber der ist doch verboten!) soll der, der ein guter sozialdemokratischer Agitator werden will, sich zunächst ein möglichst großes Maß von allgemeinem Wissen erwerben. Vor der antimilitaristischen Agitation wollen wir die Jugend behahren, nicht weil es ein gefährlicher, sondern weil es ein falscher Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse ist. (Beifall.)

Thiede-Hamburg (Metallarbeiter): Tief bedauerlich ist es, daß die „Gütte“, unser Blatt für Jugendberziehung, eingegangen ist. Hoffentlich wird ein Blatt ähnlichen und noch reicheren Inhalts jetzt wieder geschaffen.

Stelling-Bübel weist auf die größten Mißstände in der Behandlung der Jugendlichen in der Käferei, beim Milch- und Brotbacken hin. Dagegen müßten die Gewerkschaften, praktisch arbeiten. Im übrigen dürfte es sich nicht empfehlen, die Jugend sich selbst zu überlassen. Wir im Transportarbeiterverband haben im letzten Jahre 2639 jugendliche Mitglieder neu aufgenommen.

Brunn-Ludwigsbähen (Fabrikarbeiter) macht Mitteilungen über die Grausamkeiten des Strafvollzuges gegen Jugendliche, z. B. über die Würgungen des „Krummschließens“. Auch die Literatur in den Gefängnisbibliotheken sei sehr schlecht und erziehe nur zum Verbrechen.

Stiebel-Berlin (Krankenassenbeamter) findet, daß die Absätze 3 und 5 der Resolution Schmidt sich widersprechen. Er fordert besondere Jugendsekretariate, die die Schäden der Jugendarbeit in gesundheitlicher und sozialer Hinsicht bekämpfen sollen. In den Jugendorganisationen müsse um jeden Preis der Schein der Bevormundung vermieden werden. Darin seien die Jugendlichen sehr empfindlich. Auch die Agitation müßten die Jugendlichen selbst betreiben. Die „Gütte“ sei gerade mangels einer solchen eigenen Agitation der Jugendlichen eingegangen.

Ja Altmann-Berlin: Das Große an der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist ihre Einheitlichkeit. Diese darf auch durch besondere Jugendorganisationen nicht gestört werden. Wichtig für die Organisation der Jugendlichen ist vor allen Dingen die Beschaffung von Lokalen, in denen die Jugendlichen zu Hause sind.

Damit schließt die Diskussion. In seinem Schlußwort bittet der Referent

Robert Schmidt, an seiner Resolution nichts zu ändern, da sie auf Vereinbarung beruht. Als praktisch wichtige Hilfsmittel zur Organisierung der Jugendlichen bezeichnet er gutgeleitete große Zentralbibliotheken und Lokale ohne Konsumzwang.

In der Abstimmung wird der Antrag auf Streichung des Absatzes 3 der Resolution gegen 16 Stimmen abgelehnt, die Resolution Schmidt gegen 1 Stimme angenommen.

Es folgen die Berichte der Redaktionskommission über die ihr überwiesenen Materien.

Die Kommission schlägt zur Frage der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung folgende Resolution vor:

„Die gewerkschaftliche Stellenvermittlung, wie sie im Gastwirtsberufe, in den seemannischen Berufen, im Handels-, Schlichter-, Bäcker-, Moltererzberufe usw. ferner bei der Vermittlung von Dienstboten und Landarbeitern sich eingebracht hat, führt zu großen materiellen Schädigungen für die Arbeit-suchenden.

Die Gebühren, die von den privaten Vermittlern erhoben werden, sind zum Teil ungeheuer hoch und stehen meist in einem argen Mißverhältnis zu den von ihnen geleisteten Diensten.

Ueber die tariflich festgesetzten Gebühren hinaus suchen die Vermittler unter allerlei Vorwänden und unter den verschiedensten Formen, Gelder aus den Vermittelten heraus-zupressen.

Nicht selten werden im Auftrage der Unternehmer den Stellenjüngenden Arbeitsverträge zur Unterschrift vorgelegt, welche den guten Sitten und Gesetzen widersprechen, wobei man sich nicht scheut, derartige Verträge auch von Arbeitern unterschreiben zu lassen, die weder der deutschen Sprache noch Schrift mächtig sind.

Der Umstand, daß die Stellenvermittler, Gesindevermietter, Steuerhelfer usw. sowie die sogenannten Sprechmeister der Innungen in der Regel direkt oder indirekt mit Gastwirtschaften oder anderen Geschäftskleuten (Lieferanten von Aus-rüstungsgegenständen, Zigarren-, Weinhandlungen usw.) in Verbindung stehen, ermöglicht eine weitere Ausbeutung und Demoralisation der Stellenjüngenden.

Da ein häufiger Stellenwechsel im persönlichen Erwerbs-interesse der Vermittler liegt, so suchen sie diesen, nicht selten unter Anwendung unlauterer Mittel, möglichst zu befördern.

Indem sie den Unternehmern fortgesetzt neue Arbeitskräfte and et. n die sie vielfach durch falsche Darstellung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und trügerische Versprechungen in rückständigen Gegenden angeworben haben, bewirken sie auch eine Herabsetzung der Löhne. Bei Lohnbewegungen unter-stützen sie das Unternehmertum durch Anwendung von Streikbrechern.

In Erwägung aller dieser Verhältnisse erklärt der Kongreß:

Die gänzlich ausschließliche dieser volkswirtschaftlich schädlichen Existenz ist im Interesse Hunderttausender von Arbeitern dringend geboten und ein vollkommener Ersatz hier-für durch Errichtung öffentlicher, von gemeinnützigen Geschäftspunkten aus geleiteter gebührenfreier Arbeitsnachweise zu schaffen.

Die Stellenvermittlung und der Arbeitsnachweis sind durch Reichsgesetz einheitlich zu regeln, und sind neue Kon-zeptionen an gewerkschaftliche Stellenvermittler, Gesindever-mieter usw. nach einer durch Gesetz zu bestimmenden Ueber-gangszeit nicht mehr zu erteilen.

Die vom Staat oder Kommune zu errichtenden Arbeits-nachweisanstalten müssen auf der Grundlage vollkommener Selbstverwaltung aufgebaut sein, überhaupt allen denjenigen Anforderungen entsprechen, die vom Frankfurter Gewerkschaftskongreß 1899 als Vorbedingung aufgestellt worden sind.

Der Kongreß erwartet, daß bei der in Aussicht stehenden Aenderung der Gewerbeordnung (Titel II § 34) diesen Wünsch Rechnung getragen wird.

Zur Frage:

Der Bohlott als gewerkschaftliches Kampfmittel

beantragt die Kommission:

1.

„Der Bohlott ist bei Lohnkämpfen der Arbeiterschaft in der Bekleidungsindustrie, desgleichen in der Nahrungs- und Genussmittelinindustrie und einigen anderen Gewerben ein

Hilfsmittel von großer Bedeutung, weil für diese Gewerbe der Massenkonsum der Arbeiterschaft ein ausschlaggebender Faktor ist. Benutzt die Arbeiterschaft in solchen Lohnkämpfen ihre Macht als Konsument, so kann durch den Bohlott auf die sich gegen die Forderungen ihrer Arbeiter sperrenden Unter-nehmer ein bedeutender Druck ausgeübt werden, der diese zum Nachgeben im Kampfe und zur Anerkennung der Forderungen zwingen muß. Deshalb benützt auch ferner die Arbeiterschaft den Bohlott als gewerkschaftliches Kampfmittel zur Unter-stützung der organisierten Arbeiter in obengenannten Gewerben, um so mehr, da die Lage dieser Arbeiter und Arbeiter-innen auch durchweg noch weit unter dem allgemeinen Niveau der Lebenshaltung der Gesamtarbeiterschaft steht und letztere ein dringendes Interesse daran haben muß, ihren Teil zur Beseitigung der traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen dieser Gruppe beizutragen.

Ausgehend von diesen Grundfakten beschließt der Kongreß:

1. Der Bohlott über einzelne Unternehmer oder ganze Gruppen von Unternehmern kann nur auf Antrag der Zentralleitung der im Lohnkampfe stehenden Gewerkschaft von der Vertretung der organisierten Arbeiterschaft am Orte, dem Gewerkschaftsamtell und den Vorständen der örtlichen Gewerkschaften beschlossen werden.

2. Als zweckmäßig empfiehlt es sich, zu den Beratungen über einen Bohlott auch die Leitung der politischen Arbeiter-organisation am Orte mit heranzuziehen, damit im Kampfe beide Richtungen der Arbeiterschaft sich unterstützen und er-gänzen können.

Den Lohnkämpfen gleich zu erachten sind die Bewegungen zur Bekämpfung der Hausindustrie wie auch der Befreiung von Kost und Logis beim Arbeitgeber, selbst wenn diese nicht mit einer ArbeitsEinstellung verbunden sind.

3. Die Gewerkschaften, welche die Hilfe des Bohlotts in Anspruch nehmen wollen, haben dieses so frühzeitig dem örtlichen Gewerkschaftsamtell anzumelden, daß mit diesem die einguleitenden Schritte rechtzeitig beraten werden können.

4. Der Bohlottbeschluß des Gewerkschaftsamtells am Kampforte ist auch für die Arbeiterschaft anderer weniger am Kampfe beteiligter Orte mit bindend. — Ist jedoch voraus-zusehen, daß sich der Lohnkampf und Bohlott auf ganze Land-striche und Provinzen erstreckt, so soll außerdem vor Ausbruch des Kampfes neben einer Verständigung mit den Gewerkschaftsamtellen dieses Landstriches auch die Verständigung mit den Zentralleitungen der besonders stark beteiligten und ver-tretenen Gewerkschaften und der zuständigen politischen Par-teileitung erfolgen.

5. Die Leitung des Bohlotts wie die Aufbringung der Mittel für dessen Propagierung und Durchführung ist Sache der im Lohnkampfe befindlichen Organisation, welche die Ver-hängung des Bohlotts beantragt hat; die Organisationsleitung hat sich jedoch über wichtige Maßnahmen mit der Vertretung der Gesamtarbeiterschaft am Orte zu verständigen.

6. Die Leitung des Bohlotts hat neben der nötigen Pu-blikation der gefassten Beschlüsse auch dafür zu sorgen, daß genügend bohlottfreie Ware herbeigebracht wird.

7. Ist von den dazu berechtigten Instanzen ein Bohlott be-schlossen, so ist es Pflicht aller organisierten Arbeiter und Ar-beiterinnen, diesen Beschluß voll und ganz durchzuführen und auf keinen Fall in bohlottierten Geschäften zu kaufen.

Der Kongreß erachtet den Bohlott als ein gewerkschaftliches Kampfmittel, das nur nach reiflicher Prüfung der Ver-hältnisse und nur nach Beschlußfassung der vorerwähnten In- stanzen angewandt werden darf, weil die unrechte und unzeitige Anwendung eines Bohlotts für die beteiligte Gewerkschaft und die gesamte Arbeiterschaft nachteilig wirkt.“

II.

„Der Gewerkschaftskongreß weist die Verurteilung der neueren Rechtsprechung; bei der Beurteilung des Bohlotts die Prüfung auch darauf zu erstrecken, ob ein Bohlott Aussicht auf Erfolg bietet oder ob der Zweck des Bohlotts eine Aenderung der wirtschaftlichen beziehungsweise sozialen Verhältnisse zur Folge hat, entscheidet zurück.

Die Rechtsprechung hat sich nach Ansicht des Gewerkschaftskongresses auf die Prüfung zu beschränken, ob die Mittel des Bohlotts gegen die bestehenden Gesetze verstößen. Darüber hinausgehende Prüfungen und auf diesen Prüfungen beruhende Entscheidungen können nur die subjektive Auffassung der Richter über wirtschaftliche bzw. soziale, in Fluß befindliche Fragen wieder spiegeln. Die Regelung der wirtschaftlichen und sozialen Fragen kann nur Aufgabe der Gesetzgebung sein.

Die Versuche, durch die Rechtsprechung eine solche Regelung herbeizuführen oder an ihr teilzunehmen, sind ein Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit und tragen die Gefahr neuer Klassenjustiz in sich.

Deshalb protestiert der Gewerkschaftskongreß mit aller Entschiedenheit gegen derartige Versuche der Rechtsprechung, welche die Durchführung des gesetzlich zulässigen Bohlotts auf Umwegen zu verhindern versuchen.“

Die Anträge der Kommission werden nach kurzer Begrün-dung durch Sillier-Berlin (Steindrucker) einstimmig an-genommen.

Es folgt als letzter Gegenstand der Tagesordnung die

Beratung verschiedener Anträge

Ein Antrag der Kupferhämde:

„In Erwägung, daß über die Auslegung der Streik-arbeit bedenklich abweichende Auffassungen bestehen, die oft zwischen verwandten Berufen zu unliebsamen Vorfällen Anlaß geben, erklärt der deutsche Gewerkschaftskongreß: daß alle Arbeiten, die von Arbeitern verweigert werden, um bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen oder Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abzuwehren, solange als Streikarbeiten anzusehen sind, bis die in Frage kommende Organisation ganz unzweldeutig erklärt, daß die Differenzen beseitigt sind, bis zum Auslande oder zur Aussperrung geführt haben.“

tird von Saupö-Berlin begründet, aber auf Vorschlag des Vor- sitzenden Bömelburg der nächsten Konferenz der Zentralvor- stände zur Erledigung überwiesen.

Annahme findet folgender Antrag des Tabakar- beiterverbandes, Zohlliste Bremen:

„Die am 6. Mai tagende Generalversammlung der Ta-bakararbeiter Bremens fordert, daß bei vorkommenden Streitig- keiten zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften auch Sach- Leute zum Schiedsgericht herangezogen werden und von beiden Seiten die Schiedsrichter ernannt werden zur Begleichung der bestehenden Differenzen.“

Der Vorstand des Zentralverbandes der

Handlungsgeschäften beantragt:

Badische Chronik.
Baden-Baden.

Der 6. Deutsche Gewerkschaftskongress empfiehlt den Gewerkschaften überall dort, wo noch Lohnzahlung am Sonn- oder Feiertag üblich ist, bei Lohnbewegungen die Forderung nach Auszahlung des Lohnes an einem früheren Wochentage auszusprechen.

Die Lohnzahlung am Samstag erschwert den Angestellten und Arbeitern im Handelsgewerbe ungemein die Eringung des Abschluß-Badenschlusses und die Sonntagruhe und gibt den Geschäftsinhabern den Vorwand, sich gegen diese Einrichtungen zu erklären und erschwert es den Konsumvereinen, mit diesen Einrichtungen vorzugehen.

Die Zusammendrängung des Einkaufs der arbeitenden Bevölkerung auf den Samstagabend bringt auch für diese selbst mancherlei Nachteile und Uebelvorurteilen mit sich. Am Sonntag aber sollte die Arbeiterfrau neben der Verrichtung der unvermeidlichen häuslichen Arbeit nicht noch gezwungen sein, Einkäufe zu besorgen, wie dies die Lohnzahlung am Samstag nach sich zieht.

Die Befreiung der Lohnzahlung am Samstag und die Auszahlung des Lohnes an einem früheren Wochentage liegt somit im Interesse der arbeitenden Bevölkerung wie im Interesse der Arbeiter und Angestellten im Handelsgewerbe. Die Gewerkschaften werden deshalb ersucht, diese Forderung bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu befürworten.

Der Antrag wird nach kurzer Befürwortung durch Joseph-Hamburg einstimmig angenommen.

Eine große Anzahl von Anträgen liegen zur Alkoholfrage vor. Sie fordern u. a. Errichtung alkoholfreier Gewerkschaftshäuser und Versammlungslokale.

Elmherr, Berlin (Schneider) und Wissel, Lübeck (Metallarbeiter) schloßen vor, auf dem nächsten Gewerkschaftskongress die Alkoholfrage grünlisch zu verhandeln und einen besonderen Referenten dazu zu bestellen.

Leber, Jena (Metallarbeiter): Die Gewerkschaftsbewegung hat praktisch den Alkoholkonsum überall zurückgedrängt. Aber alle unsere Gewerkschaftshäuser existieren nur durch den Alkoholkonsum und ich mag darin nicht heucheln. (Beifall und Widerspruch.) Unmittelbar nach dem Essener Parteitag hat die Agitation der Abstinenten in der Partei wieder eingesetzt. Was müssen da alle Resolutionen und Beschlüsse fassen? (Beifall und Widerspruch.)

Vorfürsprecher Bömelburg: Zur Bekämpfung des Alkoholismus hat die Gewerkschaftsbewegung mehr getan, als diejenigen, die aus der Bekämpfung des Alkoholismus ihr Stempel gemacht haben. Zudem wird die Lebenshaltung der Arbeiter verbessert und ihre Bildung erweitert haben, haben wir den Alkohol zurückgedrängt und damit zugleich den Boden für die weitere Organisationsarbeit geschaffen. Unsere prinzipielle Stellung ist also gegeben und wir können über diese Debatte hinwegkommen, indem wir erklären, daß wir der Resolution des Essener Parteitages beitreten, daß aber besondere Maßnahmen gegen den Alkoholismus nicht zur Zuständigkeit des Gewerkschaftskongresses gehören, sondern zu der der Ortsstelle. (Lebhafte Beifall.)

Gegen den Widerspruch der Abstinenten wird die Debatte geschlossen und der Vorschlag Bömelburgs mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Von Pappow-Hamburg (Maurer) ist folgende Resolution eingegangen:

Der sechste Kongress der deutschen Gewerkschaften nimmt Kenntnis von der auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart beschlossenen Resolution, betr. die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der sozialdem. Partei und spricht den Wunsch aus, daß alle der Generalkommission angehörenden Gewerkschaften ihre Mitglieder in diesem Sinne erziehen mögen.

Vorfürsprecher Bömelburg: Der Antrag kommt so spät, daß wir ihn nicht mehr zur Debatte stellen möchten. Da aber niemand die Beschlüsse des Stuttgarter Kongresses moniert hat, ist sein Inhalt ja selbstverständlich.

Pappow (zur Geschäftsordnung): Ich hielt es nur für eine Anstandspflicht, das noch ausdrücklich auszusprechen.

Döblian-Berlin (Buchdrucker): Ich glaube, daß es besser wäre, wenn diese Resolution nicht gekommen wäre. (Beifall.) Bömelburgs Erklärung ist ja ebenlogisch wie die Annahme der Resolution. Wir unterscheiden sehr wohl zwischen einem Bunsche des Internationalen Sozialistenkongresses und einem Beschluß des deutschen Gewerkschaftskongresses.

Legien: Die deutsche Gewerkschaftsdelegation hat ja in Stuttgart selbst der Resolution zugestimmt. Da wäre die Annahme eines besonderen Antrages geradezu ein Mißtrauensvotum gegen sie.

Auf Vorschlag Bömelburgs wird beschlossen, diesen Gegenstand durch den Bericht der Generalkommission für erledigt zu erklären.

Bömelburgs Schlußrede.

Damit sind wir am Ende unserer Arbeiten angelangt. Ich danke zunächst dem Lokalfomitee und den gastlichen Hamburger Genossen. Wir haben eine sehr umfangreiche Tagesordnung sehr rasch erledigt. Das beweist, daß wir Selbstbeherrschung und Disziplin gelernt haben. Unsere Verhandlungen waren auch durchweg sehr ruhig. Ich freue mich, daß wir endlich soweit gekommen sind, daß wir große Streitfragen nicht mehr auszusprechen haben. Auch mit der anderen Seite der Arbeiterbewegung haben wir uns durchgängig verständigt. Von einer Frage, die nach dem letzten Kongress die Arbeiterchaft in helle Erregung versetzte, dem Generalstreik, war diesmal überhaupt nicht die Rede. (Heiterkeit.) Grundsätzliche Differenzen gibt es zwischen den beiden Hauptteilen der Arbeiterbewegung überhaupt nicht mehr. Vorüber sind die Zeiten des Mißtrauens und der Eiferjucht, alle haben die Ueberzeugung gewonnen, daß wir gemeinsam auf die großen Ziele der Arbeiterbewegung hinarbeiten müssen. (Beifall.) Diese Einigkeit brauchen wir — ich sage nicht: diese Ruhe, damit nicht wieder lange Leitartikel über das Mißbehörden der Gewerkschaften geschrieben werden. (Heiterkeit.) Wir brauchen diese Einigkeit, weil wir vor noch größeren Aufgaben stehen und uns auf große zentrale Kämpfe mit geschlossenen Unternehmerverbänden rüsten müssen. Um sie siegreich zu beenden, brauchen wir noch viel mehr Mitglieder und noch viel größere innere Festigkeit. (Sehr wahr!) Aber wenn wir nicht Streit haben, sondern Einigkeit, dann können wir auch sicher sein, daß wir in Zukunft alle Aufgaben erfüllen werden, die an uns herantraten. Und so lassen Sie uns hinausgehen in die Lande und alle Kraft einsetzen für den großen Kampf der Arbeiterchaft. (Lebhafte, langanhaltende Beifall.)

Mit einem dreifachen Hoch auf die freien deutschen Gewerkschaften schließt hierauf Bömelburg den Kongress.

Unter dem Befang der Arbeitermarzschlaife verlassen die Delegierten den Saal.

30. Juni.

Zu den Gemeindevahlen schreibt uns unser Korrespondent: Nun sind auch die Stadtratswahlen vorüber und haben, wie vorausgesehen war, mit einem vollen Sieg der Bürgervereinsbewegung geendet, die, wie schon in letzter Korrespondenz mitgeteilt wurde, so „bescheiden“ war, den liberalen Gegnern den Löwenanteil an Mandaten zu gönnen. Vielleicht wollte man damit auch den Theaterdonner beschwichtigen, der einigemal großend durch den nationalliberal-freisinnigen Wälderwald fuhr und die nationalliberal-freisinnigen Bürgervereinsmitglieder ob ihrer Agitation für den „berfappten schwarzen Verein“ mit dem Parteibiß bedrohte. Es wurden zwar keine Namen genannt, aber man weiß doch, daß die mehr oder weniger verteilten Drohungen in der Linie dem nationalliberalen bisherigen Stadtverordnetenvorstand Architekt Dieterle und dem freisinnigen Stadtrat Joos galten.

Die Stadtratswahlen haben in das Kollegium nur zwei neue Männer gebracht, wovon der eine, in der 1. Wählerklasse als Stadtratsordneter durchgefallen, das Stadtratsmandat als Schmerzensgeld erhielt. Die Wahl des andern ist sehr bezeichnend für die — sagen wir eigentartigen — Verhältnisse im Baden-Badener Partei- und Bürgerleben. Der zweite Glückliche hat seinen Wohnsitz in der Weststadt, deren Stadtratsitz seit Jahren ein wackelnder Zentrumsmann inne hat. Diesen durften seine Parteigenossen zugunsten des andern nicht fallen lassen und so wählte die Bürgervereinsbewegung kurzerhand eben beide. „Wer das Kreuz hat, segnet sich damit.“ Und daß die Bürgervereinsbewegung auch die Eigenschaft einer Affekursgesellschaft für Natbauseit öffentlich betätigt und dadurch schon einen Zulauf sich sichert, dürfen ihr die nationalliberalen Gegner am allerwenigsten zum Vorwurf machen, denn in diesem Glashaus saßen sie beinahe ein Menschenalter lang selbst.

Einen Epilog, interessanter als die Bürgervereinswahl- und Stadtratswahlen, wird die Konstituierung des Stadtverordnetenvorstandes ergeben: Der seitliche Vorkürsche, der nationalliberale Architekt Dieterle, Vorstand der Bürgervereinsbewegung, wohl einer der populärsten Männer von Baden-Baden und Animus des Oberbürgermeisters Fischer, will absolut nicht mehr mittun. Mögen ihn dazu keine ausgedehnten Berufsarbeiten bestimmen oder die Absicht, sich etwas mehr aus der Bühnlinie parteigenösslicher Anwürfe zu entfernen, mit dieser Tatsache muß der künftige Bürgervereinsrat rechnen. Aber auch sein Stellvertreter, der temperamentvolle und in städtischen Angelegenheiten außerordentlich bewanderte Kaufmann August Kah, nebenbei gesagt, zur bodisinnigen Partei, aber nicht zum freisinnigen Baden-Badener Verein gehörig, will das Beispiel des Vorstandes nachahmen. Ein weiteres bisheriges Mitglied des Stadtverordnetenvorstandes ist in der Verrentung verschwunden, eines, wie schon erwähnt, die Treppe hinauf auf einen Stadtratsstuhl gefallen und so steht nur noch eine einzige Säule — der „Zentrumsturm“ — als Zeuge der verschwundenen Pracht.

Wie wird der künftige Vorstand werden, wird er ein Produkt von Bestelmaier u. Cie. d. h. der Bürgervereinsbewegung, die ja jetzt das Heft in der Hand hat, sein, oder in der Tat eine richtige Mischung aus dem 96. und die man, ohne ihnen zu nahe zu treten, den Bibelfpruch anwenden kann: „Viele sind berufen, aber wenige sind auserwählt.“ — Qui vivra, verita.

Nun zum Schluß. Für die Nationalliberalen bestimmt die Intuition eines Wüßenden. Als es in der ersten Klasse zur Stadtverordnetenwahl kam, legte die Bürgervereinsbewegung die Angefährlichkeit, einen der freisinnigen Partei angehöriger Kandidaten wieder von ihrem Zettel zu streichen. Darüber schlug der freisinnige Champion, ein bisher sehr einflußreiches Mitglied der Bürgervereinsbewegung, großen Schach. Und als er mit seinem Verlangen der Wiederaufstellung des gestrichenen Parteigenossen nicht durchdrang, ging er hin, — hängt sich aber nicht auf wie weiland Judas Ischariot, sondern wünschte der Bürgervereinsbewegung einen guten Wahlmorgen für die erste Klasse. Und 13 andere Bürgervereinsbewegungsmitglieder taten das auch, aber in der Stille, wie das so Baden-Badener Mode ist und das Resultat war der liberale Sieg! Ja, ja, so werden hier auch Wahlen gemacht.

Freiburg.

30. Juni.

Zur Lohnbewegung im hiesigen Glasergewerbe. Das Bedürfnis des heutigen Schmaraddechtums, in Zeiten der Krise den wirtschaftlich schwächeren Teil zu knebeln, hat sich auch bei den hiesigen Glasern vereint mit den in Betracht kommenden Baufirmen herausgestellt. Der seit 1905 bestehende Tarifvertrag wurde auf 1. Juni gefündigt und ist mit dem 1. Juli abgelassen. Verhandlungen zur event. Festlegung eines anderen Vertrags wurden nicht für nötig erachtet und geht jetzt die Taktik der Unternehmer zunächst darauf hinaus, die mißliebigen Kollegen einzeln abzuschlachten. Gegen eine derartige Taktik blieb kein anderer Ausweg übrig, als wie in sämtlichen Betrieben die Kündigung auszureichen. Bei dem stauen Geschäftsgang ist die Situation ernst, aber die Versicherung geben wir den kampfmütigen „Serren“, daß die Gehilfen alles aufbieten und ihre wenigen Rechte zu verteidigen wissen werden. Zwang ist streng fernzuhalten.

Der hiesige Ortsverein des deutschen Buchdruckerverbandes hält kommenden Sonntag im Schwimmbadgarten seine Johannistfeier ab. Wie üblich, ist auch dieses Jahr wieder ein schönes Programm vorgesehen, das seine Wirkung auf die Jünger Gutenbergs nicht verfehlen wird.

Ein Weinantfänger stand am 29. ds. Mts. vor der hiesigen Strafammer. Die Anklage richtete sich gegen den Weinhändler Karl Schweizer von hier, der im Herbst 1907 dem Traubenmost, den er in seinen Weinbergen in Öringen am Kaiserstuhl erntete, eine gehörige Portion Zuderwasser zusetzte. Der geherrschte Most war von den besten Lagen am Kaiserstuhl und bedurfte, nach dem Urteil der Sachverständigen, nicht im geringsten einer Verjüngung oder „Verbesserung“.

Nichtsdestoweniger prüfste Schweizer der Natur ins Handwerk, indem er zu 68 Prozentiger Naturwein 25 Prozent Zuderwasser beimengte. Der Wasserzusatz betrug also gegen 35 Prozent. Daffir kloppte ihm die Strafammer derb auf die Finger. Das Urteil gegen ihn lautete auf eine Geldstrafe von 1500 Mk. event. 4 Monate Gefängnis.

Risiko der Arbeit. Gestern Morgen um 6¼ Uhr stürzte vom hiesigen Theaterneubau der ledige Bauhilfsarbeiter Fried-

rich Koch, 36 Jahre alt, ab und war sofort tot. Koch war damit beschäftigt, beim elektrischen Aufzug die Wörtelaffen abzunehmen und sie weiter zu befördern. Vermutlich durch einen Schwindelanzfall stürzte Koch in den 18 Meter tiefen Aufzugs-schacht und fand so ein jähes Ende durch Schädelbruch. Jrgend eine Verletzung der baupolizeilichen Vorschriften, die mit diesem tödlichen Unfall in Zusammenhang stehen, kann nicht konstatiert werden.

Singen.

30. Juni.

Beiden Wahlen zur Generalversammlung der Ortskrankenkasse hat die Liste des Gewerkschaftsvereins gesiegt und zwar mit 162 Stimmen gegen 140 Stimmen, welche auf die Liste des christlich-nationalen Mißgeschoskes entfielen. Von letzterer Seite ist übrigens eine ungemünzte rührige Agitation entfaltet worden, zweifellos ist da der letzte Mann und das letzte Dienstmädchen herbeigeschleppt worden, sollte es doch nach dem Willen der „Christen“ gerade mit Hilfe der Dienstmädchen ein zweites Konstanz geben. Damit ist es nun nichts geworden, obwohl von Seite der „Christen“ nebenbei recht unlaudere Mittel angewendet wurden, um die Wähler irrezuführen. Auf ihre Liste hatten sie neben mehreren anderen Personen, die gegen ihren Willen auf der Liste standen, sogar den Vorsitzenden einer freien Gewerkschaft gesetzt. Das ist München-Glabbacher Taktik, aber in Singen zieht so etwas nicht. Die hiesige Arbeiterschaft ist denn doch zu geschult, um auf solch plumbe „Christen“-Manöver hineinzufallen.

Sache der gewählten Vertreter ist es nun, ihre besten Kräfte zum Ausbau des neuen Instituts aufzubieten, damit die neue Ortskrankenkasse im Laufe der Zeit ein Musterinstitut werde zum Segen und Nutzen der versicherten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Denzlingen (Amt Emmendingen), 30. Juni. Eine Ex-humierung. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft wurde hier die am 21. ds. Mts. beerdigte Ehefrau des Landwirts M. Leinenstoll durch eine Gerichtskommission wieder ausgegraben und sezert. Auf Grund der Untersuchung wurde der 73 Jahre alte Mann der Verchiedenen verhaftet und ins Amts-gefängnis nach Emmendingen verbracht. Er steht im Verdacht, durch fortgesetzte Mißhandlungen den Tod seiner Ehefrau herbeigeführt zu haben. Ob die Anschuldigung in vollem Umfange zutrifft, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben müssen.

Säckingen, 30. Juni. Ein eigentümlicher Unglücksfall ereignete sich gestern Nachmittag zwischen vier und fünf Uhr im Hause des Gärtnereimasters Stallmich, dessen 13-jähriges Töchterlein erhielt, während es am Fenster schlief, einen Schlag in den Kopf, der eine lebensgefährliche Verletzung zur Folge hatte. Auf Anordnung des sofort requirierten Arztes wurde das verletzte Mädchen in das Badener Bürgerhospital verbracht.

Mannheim, 30. Juni. Beim Baden im Rheine erkrankte der 10 Jahre alte Sohn des Fabrikarbeiters Pfeiffer in den. Gerichtlich wollten die Unternehmer nicht verhandeln.

Raubmord.

Laufenburg, 30. Juni. Auf der Landstraße von hier nach Lutzingen wurden am Montag Morgen von einigen nach Stadenhausen heimkehrenden jungen Leuten störende Silbererfner vernommen. Als die Männer dem Rufe nachgingen, fanden sie einen fremden Mann rüchelnd und kühnend in den letzten Zügen vor. Man holte sofort weitere Hilfe herbei, aber diese erwies sich als vergeblich, denn nach wenigen Minuten starb der Mann. An dem Kopfe desselben bemerkte man mehrere schwere Verletzungen, die von Revolverkugeln herrührten. Anfanglich glaubte man, es handle sich um einen Selbstmord, aber da die Schußwaffe nirgends zu finden war, war man sich sofort klar, daß es sich um einen Raubmord handelt, denn es fehlten bei dem Getöteten alles Geld und sämtliche Wertpapiere und der Getötete war den Angaben seiner sofort telegraphisch herbeigerufenen Eltern im Besitze reichlicher Geldmittel. Es ist festgestellt, daß der Ermordete mit einem unbekanntem Manne am Sonntag Mittag in Waldshut abgereist ist; von diesem Reisebegleiter, wahrscheinlich ein wandernder Handwerkbursche, fehlt bis jetzt jede Spur. Die sofort vorgenommene Sektion der Leiche konstatierte, daß der Ermordete drei Schüsse erhalten, von denen jeder einzelne schon tödliche Wirkung hatte. Der Getötete ist der 32 Jahre alte Tapezierer Emil Heiman aus Winterthur. Er ist am 26. Juni von Winterthur weggegangen, um über Waldshut nach Basel zu reisen und dort Arbeit zu suchen. Auf die Festnahme des Mörders hat die Staatsanwaltschaft 500 Mark Belohnung ausgesetzt. Als der Tat verdächtig ist ein Handwerkbursche, der zuletzt mit dem Ermordeten gesehen worden ist.

Der Eulenburg-Prozess.

Berlin, 30. Juni. Die heutige Vormittagsitzung im Pro-zess Eulenburg wurde ausschließlich durch die Vernehmung des Angeklagten ausgefüllt. Dem Vernehmen nach bestritt der Angeklagte nach wie vor mit aller Entschiedenheit, sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben. Er habe durch seinen Eid in Abrede gestellt, strafbare Handlungen im Sinne des § 175 begangen zu haben. Unter Schmutzereien habe er nur alles das gemeint, was strafbar sei. Er bestritt aber heute noch, sich strafbar gemacht zu haben. Auf die Frage, wie denn beispielsweise der Zeuge Ernst auf seine belastende Aussage komme, soll der Angeklagte geantwortet haben, daß ihm das ein Rätsel sei. Auf die weiter fragte des Vorsitzenden, wie denn die intimen vertraulichen Briefe, welche er an Ernst geschrieben habe, zu erklären seien, soll der Fürst geantwortet haben, er habe mit ihm viel gesehelt, gerudert und geiselt, sei fast ständig mit ihm zusammen gewesen und habe ihn eben lieb gewonnen. Standes-unterschiede zu machen, sei überhaupt niemals seine Gewohnheit gewesen. Als dem Angeklagten die Frage vorgelegt wurde, ob er pervers empfunden habe oder noch pervers empfinde, soll der Fürst mit einem entschiedenen „Nie-mals“ geantwortet haben. Als erster Zeuge wird Baron Rothschild vernommen, welcher über den Leumund des Fürsten in Wien aussagen soll. Der Zeuge führt aus, daß er mit dem Fürsten in den Wiener literarischen und künstlerischen Salons viel zusammen kam, in denen der Fürst fast ausschließlich verkehrte. Professor Otto Seitz aus München ist nicht in der Lage, positive Angaben über das Geschlechtsleben des Fürsten zu machen.

Der Zeuge Hausmeister Franz Dandl aus Starnberg ge-

lärt, daß ihn Fürst Eulenburg mehrmals unfittlich berührt habe, daß es aber zu weiteren Handlungen positiver Natur nicht gekommen sei. Die Verhandlung wurde um 3 Uhr abgebrochen, da sich der Fürst zu erschöpft fühlte.

Milchhändler Nidel erklärt, als er aufgerufen wird, er habe Drohbriefe erhalten und bitte aus diesem Grunde um Schutz des Gerichts. Landgerichtsrat Direktor Kanzow beruhigt ihn, indem er sagt, auf Drohbriefe brauchen Sie nichts zu geben. Auch Oberstaatsanwalt Jsenbier meint, er erhalte täglich Drohbriefe. Ebenso ist die Verteidigung in der Lage, von einem ihr übersandten Drohbriefe zu erzählen.

Mehrere Provinzialblätter veröffentlichen Interviews mit Maginilian Gaden. Darnach hat Gaden erzählt: Eulenburg und der Franzose Lecomte hätten in München mit dem österreichischen Gesandtschafts-Attache Grafen von Hohen ein enge „Freundschaftsbund“ geschlossen. Eulenburg habe den Geheimrat von Hofstein gestürzt. Dann fährt Gaden fort: Auch der Spiritismus des Fürsten wirkte höchst schädlich auf die Umgebung des Kaisers. Selbst der Kaiser hat spiritistischen Sessungen beigewohnt. Er hat lange Zeit in seiner Uhr ein Stück Zeug getragen, welches angeblich bei einer Geisteserscheinung zurückgeblieben war. Gaden erklärte auch, daß Graf Moltke homosexuell ist. Dafür habe er noch mehr Material, als bisher von ihm verwendet worden sei. Er behauptet schließlich, daß man dem Fürsten Eulenburg nahegelegt habe, Selbstmord zu begehen.

Kommunalpolitik.

Mannheim, 30. Juni. Das Wahlkomitee hat beschlossen, zum dritten Bürgermeister den Landgerichtsrat Dr. Finter vorzuschlagen. Die Wahl findet am nächsten Samstag statt. Voraussetzungslos wird Finter einstimmig gewählt.

Für die Stadtverordnetenwahlen sind die Termine für die 3. Klasse auf 20. Oktober, für die 2. Klasse auf 27. Oktober und für die 1. Klasse auf 3. November angesetzt worden.

Bereine und Versammlungen.

Gröningen, 29. Juni. Das gestrige Gartenfest der sozialdem. Partei im schattigen „Löwen“-Garten nahm einen befriedigenden Verlauf. Die hiesige Musikkapelle tat ihr Möglichstes und die Sänge des Gesangvereins „Eintracht“ ernteten durch den Vortrag einiger Lieder reichen Beifall. Auch auf der Regelbahn herrschte reges Leben. Allen denen, die sich bereitwillig zur Verfügung stellten und zum guten Gelingen beigetragen haben, sei deshalb herzlichster Dank gesagt.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 1. Juli.

Stadttrat und Zirkus Sarrafini.

Wie wir vorausgesetzt, haben die Veröffentlichungen des Zirkusdirektors Sarrafini in hiesiger Stadt peinliches Aufsehen erregt. Man fragte sich, wie ist so etwas möglich? Nun wird wohl gesagt, was hat der Oberbürgermeister für ein Interesse, ein Freibillet für etwa 26 Vorstellungen des Zirkus zu besitzen, da er weder Zeit noch Lust hat, sich täglich die Vorstellungen anzusehen? Auch Stadtrat Dieder sei wohl in der Lage, sich ein Zirkusbillet zu kaufen. Das mag ruhig zugegeben sein. Und es mag auch gar nicht bestritten werden, daß es „alte Sitte“ ist, daß der stadtträtliche Deputierter für derartige Angelegenheiten — das ist Herr Dieder — eine gewisse Anzahl Freibilte zugewiesen erhält, ganz gleich, ob er sie benutzt oder nicht. Der Schwerpunkt liegt vielmehr darin, daß das Stadtssekretariat diese Plätze verlangt hat. Das nachstehende Schreiben gibt darüber sehr genaue Auskunft: Städtisches Hauptsekretariat.

Karlsruhe, den 17. Juni 1908.

Nach Ziffer 6 der Bedingungen des Stadtrats für Überlassung des städtischen Zirkusplatzes an Sie, haben Sie der Stadtverwaltung diejenige Anzahl von Freibilten zur Verfügung zu stellen, die Ihnen von uns bezeichnet worden ist. Wir haben Ihrem Geschäftsführer, Herrn Delauné, vor Ihrem Eintreffen die genaue Zahl und Art der benötigten Karten aufgegeben und dabei bedungen, wie dies bis jetzt regelmäßig der Fall war, daß die Billette auch Sonntags Gültigkeit haben. Herr Delauné erklärte sich damit ohne weiteres einverstanden. In unserem Erkaunen ist nun gestern auf einer der Freikarten von einem Ihrer Beauftragten die Bemerkung wieder beigelegt worden: „Sonntags ungültig“. Wir können dieses Verhalten nicht verstehen und müssen es Ihnen überlassen, die Anordnungen zu treffen, die Ihnen im vorliegenden Falle gut scheinen.

Vochachtungsvoll! An die Direktion des Zirkus Sarrafini Dahier!

Was in aller Welt hat die Gültigkeit der Freikarten am Sonntag mit der Genehmigung des Aufenthaltes des Zirkus zu tun? Aber es kommt noch besser. Man lese die nachfolgende Darstellung, die uns Herr Sarrafini gibt. Da heißt es:

Ich teile Ihnen nachstehend die Vorgänge mit, welche Herr Oberstadtssekretär Lacher zu einer Bemerkung veranlaßten, daß, wenn ich es bei meiner Bestimmung, daß die dem Stadtrat gewährten Freibilte Sonntags ungültig seien, bemerken ließe, mir der Festplatz sofort entzogen werden würde. Auf ein seitens des Städtischen Hauptsekretariats an mich gerichtetes Schreiben vom 17. Juni cr., das ich in Abschrift beigeigte, sandte ich unter demselben Tage den Bescheid, daß ich, durch die zahlreichen Freikarten, die ich dem hiesigen Stadtrat gegeben gezwungen sei, einen nicht unbeträchtlichen Schaden erleide und daß dieser Schaden sich noch ganz besonders in Folge des Umstandes erhöhe, daß man verlange, die gewährten Freikarten müßten auch Sonntags gültig sein. Das Schreiben deutete ferner an, daß ich es bei der Bestimmung bezüglich der Ungültigkeit von Freikarten bewenden lassen müße. Auf dieses Schreiben erhielt ich eine eilige Fortladung auf das Hauptsekretariat und, da ich selbst nicht abkommen konnte, sandte ich meinen Presse-Agenten, Herrn Guldner, mit der Befehung, den sich allmählich in bedrohlicher Weise zuspitzenden Konflikt in gütlicher Weise beizulegen dadurch, daß ich die Forderungen des Stadtrats rückhaltlos annahm. Zu meinem Vorgehen wurde ich durch eine Mitteilung meines Repräsentanten, Herrn Delauné, veranlaßt, der mir schrieb, die Zustimmung zur Überlassung des Platzes für die Zeit vom 1. bis 2. Juli

sei bisher bloß mündlich in Aussicht gestellt, man habe ihm gesagt, es bedürfe der Formalität halber noch eines diesbezüglichen schriftlichen Beschlusses, das, wenn auch mit Widerstreben, doch schließlich bewilligt würde.

Um daher die Genehmigung des Beschlusses nicht zu gefährden, gab ich meinen Kampf gegen den Freikartenwucher auf und erteilte meinem Herrn Guldner die diesbezüglichen Direktiven. Herr Guldner wurde vom Herrn Oberstadtssekretär nicht gerade liebevoll aufgenommen, der seinem Groß über mein Schreiben vom 17. cr. gründlich Luft machte. Er forderte, daß das Schreiben in aller Form schriftlich zurückgenommen würde und bemerkte, der Stadtrat könnte unmöglich das vorerwähnte Schreiben stillschweigend hinnehmen, es wäre daher beschlossen worden, daß, falls Herr Direktor Stofch-Sarrafini in seiner Stellungnahme zu der Freikartenfrage weiter beharre, dem Zirkus Sarrafini sofort der Platz zu entziehen sei. Die vorstehende Darstellung wird Herr Oberstadtssekretär Lacher wohl unumwunden als richtig zugeben müssen.

Für H. Stofch-Sarrafini: Alfred Guldner.

Nun hat Herr Lacher das Wort. Er hat den Stadtrat zur Abwechslung einmal selbst gespielt. In der Besorgung um die Freikarten scheint er ganz vergessen zu haben, welches Licht er mit seiner Drohung, dem Zirkus werde der Platz entzogen, wenn er in der Freikartenfrage sich nicht entgegenkommend verhalte, auf die gesamte Stadtverwaltung geworfen. Ins verständliche Deutsch überlezt heißt dies: „Gebt ihr die Freikarten, dürft ihr bleiben, verweigert ihr sie, dann jagen wir euch zum Teufel!“ Welchen Eindruck muß Sarrafini unter solchen Umständen von der Karlsruher Stadtverwaltung erhalten haben! Er versicherte ja auch, so etwas sei ihm in Deutschland noch nie passiert. Die badische Residenz mußte darum der Welt das ergötliche Schauspiel bieten. Wir erwarten, daß der Stadtrat mit Herrn Lacher ziemlich Fraktur redet.

Der Streik bei der Firma Zippelius.

Die Streikkommission war dreimal vorstellig. Die Firma will Kost nicht außer Haus geben. Die Verhandlungen sind resultatlos verlaufen. Einwohner der Südstadt! Unterstützt uns auch ferner. Die Gesellen gehen nicht eher in die Werkstatt zurück, bis der Tarif unterschrieben ist.

Die Streikleitung.

Seute Abend 8 1/2 Uhr öffentliche Versammlung im „Auerbahn“.

Die Forderungen bei der Firma Trauth, Waldhornstraße, sind genehmigt.

Die Christlichen und die Junge Garde.

Man schreibt uns: Daß die freien (nicht christlichen) Jugendorganisationen den geseitelten wie geordneten Vertretern des heutigen Kirchensystemes ein Dorn im Auge sind, das zeigt ein Artikel, welcher in evangelischen Gemeindeböten für die Weststadt Karlsruher vor kurzem erschienen ist. Als Verantwortliche zeichnen die Herren Pfarrer Näger und Rohde von hier. Der Artikel beschäftigt sich mit dem von unserem Genossen Stadtpfarrer Pflüger-Jürich herausgegebenen Katechismus für Arbeiterkinder. In den einleitenden Sätzen des Artikels wird es als ein Unglück bezeichnet, wenn durch diesen Katechismus die Arbeiterjugend das Leben und die Dinge durch die politische Brille sehen lernten.

Allerdings für die heute herrschende Klasse, für den Kapitalismus, kann es zum Unglück werden, wenn die Jugend die Dinge so sehen lernt, wie sie sind, und nicht so wie sie in unserer heutigen Volksschule und in dem obligatorischen Religionsunterricht gelehrt werden. Ganz gut können wir begreifen, daß es dem Schreiber des angeführten Artikels nicht angenehm ist, wenn unsere Jugend aufgeklärt und dem Banne des Kirchensystemes entzogen wird.

Weiter heißt es in dem Artikel:

Wir drücken diesen kleinen Katechismus hier ab, für den Pfarrer Pflüger vor Gott und seinem Gewissen die Verantwortung übernehmen muß. Er ist eine verhängnisvolle Verirrung, der — jedenfalls ehrlich gemeint — in eine urteillose Kindesseele das Samenwort des Haffes wirft. Auf dem Wege, der hier eingeschlagen ist, wird für Generationen die Möglichkeit einer Verständigung mit der Arbeiterklasse, um die heute so viele sich ehrlich bemühen, geradezu unmöglich gemacht.

Es mag ja zugegeben werden, daß es eine Anzahl von Männern gibt, welche den guten Willen haben, einen Weg zu finden, auf dem die Gegensätze zwischen Kapitalismus und Arbeiter ausgeglichen werden können. Wenn es diese Herren ehrlich meinen, dann dürfen dieselben aber nicht in den Fehler verfallen und unsere Parteigenossen, wie gerade in diesem Fall, den Genossen Pflüger, der oberflächlichen Halbwahrheit bezichtigen. Wenn er A. B. in seinem Katechismus schreibt:

Woher haben also die reichen Herren ihre Reichtümer? Ganz und gar aus der Arbeit der Armen, denen nicht gegeben wird, das sie erarbeitet haben und eigentlich verdienen würden.

Wird dieser Satz von den bürgerlichen Herren Sozialpolitikern bestritten, dann tun gerade sie, hem! oder unbewußt, was hier dem Genossen Pflüger zu Unrecht vorgeworfen wird. Wenn dem Genossen Pflüger weiter vorgeworfen wird, er verqueme Religion und Politik und die Sozialdemokratie möge gerecht genug sein, das anzuerkennen, so müssen wir dem entgegenhalten, daß Pfarrer Pflüger in seinem Katechismus eben im Gegensatz zu dem üblichen Auslegungen der Sage des Nazareners steht. Und das paßt den Herren nicht in den Kram, weil durch die Lehrräbe des Pfarrers Pflüger dem Kapitalismus das Wasser auf seine Mühlen abgegraben wird. Daß Genosse Pflüger das Richtige in den Lehrräben seines Katechismus getroffen hat, geht aus folgenden zwei Absätzen des Artikels im evangelischen Gemeindeböten hervor. Da heißt es:

Eine verhängnisvollere Verquickung von Religion und Politik ist mir noch nirgends begegnet. Ist das nicht auch eine unerlaubte Form der Ausbeutung? Ein in diesem Katechismus unterwiesenes Arbeiterkind muß jeden

für gottlos oder heuchlerisch halten, der sich Christ nennt und doch nicht auf die Lehren von Karl-Marx und Bebel sich festlegen will. Es wäre nicht schwer nach dem Rezept Pflügers durch Verschweigen und Umdeuten das gerade Gegenteil der Pflügerschen Jugendlehre aus den Worten Jesu herauszulüggeln.

Diese Herren müssen also zugeben, daß sie nur durch Verschweigen und Umdeuteln der Worte des Nazareners unsere Genossen Pflüger zu widerlegen imstande sind.

Damit sind auch die Ansichten dieser Herren gerichtet und wir haben nicht notwendig, weiter darauf einzugehen.

Die Waffen- und Munitionsfabrik.

Zu dem am Samstag erschienenen Artikel unter dieser Rubrik wird uns von anderer Seite geschrieben, daß die Darstellung des Bergangs nicht ganz den Tatsachen entspricht. So ist insbesondere unrichtig, daß der benannte Ingenieur den Hobler entlassen hat.

Achtung!

Erwerb des badische Staatsbürgerrecht.

Der sozialdemokratische Verein Karlsruhe hat die nachfolgenden Auskunftsstellen errichtet, wobei sich alle jene melden können, die das badische Staatsbürgerrecht erwerben wollen:

- Südstadt: „Volkfreund“, Luisenstr. 24; Südweststadt: Arbeiterkreuzer Billi, Kurzenstr. 19; Weststadt: Wißner, Poststr. 20; Mühlburg: Heider, Maier, Glimmerstr. 16; Altstadt: L. Müder, Marktgrafenstr. 26; Oststadt: A. Abele, Deaneiseldstr. 3; Rintheim: Friedrich Wörner, Ernststraße 43.

Sprechstunden bei allen Auskunftsstellen: Werktag von 6—8 Uhr abends; Sonntags von 9—11 Uhr vorm.

Wir eruchen dringend, sich die Wahlberechtigung zu den nächsten Landtagswahlen zu sichern. Alle weitere Auskunft wird von den in Frage kommenden Genossen gerne erteilt.

Beierthelm.

Der Arbeitergesangverein Freiheit unternimmt am Sonntag, den 12. Juli, einen Ausflug ins Bertelsbachtal, wozu wir unsere Mitglieder, sowie Freunde und Gönner unseres Vereins freundlichst einladen. Zusammenkunft am Hauptbahnhof um 5 Uhr, Abfahrt nach Bühl 5.48 Uhr; Fahrgehalt beträgt im ganzen 1.90 M. Es wird gegeben, etwas Mundvorrat mitzunehmen.

Gleichzeitig möchten wir darauf hinweisen, daß sich das Lokal des Gesangvereins vom 1. Juli ab im „Weißen Aukud“ befindet; wir erwarten von den Genossen von Karlsruhe und Umgebung, daß sie für die Zukunft dieses Lokal berücksichtigen. Ferner möchten wir darauf hinweisen, daß das Lokal des Wahlvereins sich im „Weißen Aukud“ befindet. Wir mußten in letzter Zeit die Wahrnehmung machen, daß die meisten Parteigenossen sowie Gewerkschaftler in unserem früheren Lokal („Schneepförg“) verkehren. Wir möchten hier den Wunsch aussprechen, dieses Lokal streng zu meiden, dagegen die Wirtschaften „Weiße Aukud“, Maria Alexanderstraße, und „Weiße Bar“ (früher Beierthelm) zu berücksichtigen.

Das Automobil der Zukunft ist zurzeit im Italia-Theater (Waldstraße) im Betrieb zu sehen. Dieses von dem englischen Ingenieur David Roberts konstruierte Fahrzeug führt mit Recht Namen „Rasse-partout“: es kennt einfach keine Terrainschwierigkeiten. Wir sehen, wie es mit Leichtigkeit eine 50prozentige Lehmanhöhe nimmt und gefahrlos einen Sandhügel herunterfährt, wie es schwere Lasten durchs Wasser, durch trockenen Sand und einen steilen Hügel hinauszieht usw., Leistungen, die von einem gewöhnlichen Auto nie und nimmer zu erwarten sind. Man überzeuge sich selbst von den kaummenswerten Arbeiten dieses Kraftfahrzeuges, dessen Erfindung einen epochemachenden Fortschritt in der Automobilbaukunst bedeutet. Aus den weiteren Darbietungen des reichhaltigen Programms erwähnen wir die herrlichen Naturaufnahmen von Korfu, der Perle des ionischen Meeres, ferner die beiden dramatischen Lebensbilder „Rade des Arbeiters“ und „Der kleine Savojarde“. Unter den Tonbildern ragt besonders hervor „Das Haibegrab“, ein szenisch belesenes, Baghelo von prächtiger Wirkung. Einige nette Humoresken bilden willkommene Beigaben zu dem äußerst lehr- und genußreichen Programm.

Neues vom Tage.

Das Urteil gegen die Bürgermeisterstochter Grete Beier.

wurde gestern gegen Mitternacht gefällt. Die Angeklagte wurde wegen Mordes

zum Tode

und wegen schwerer Urkundenfälschung zu der höchsten zulässigen Strafe und unter Einrechnung der bereits erkannten dreijährigen Zuchthausstrafe zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. Außerdem wurde auf dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Tragung der Kosten erkannt. Grete Beier nahm das Urteil ruhig und gefaßt entgegen. Nachdem sie einige Worte mit ihrem Verteidiger gewechselt hatte, ließ sie sich widerstandslos abführen. (Siehe Artikel in getriger Nummer.)

Toulon, 30. Juni. Ein 26jähriger Monteur, der in einer elektrischen Trambahnstation arbeitete, kam gestern mit einem Hochspannungsdraht der Elektrizitätsleitung in Berührung. Da die Elektrizitätzentrale 5 Kilometer von der Station entfernt liegt, konnte der Strom, der eine Spannung von 10.000 Volt hatte, nicht unterbrochen werden, sodas der Unglückliche eine ganze Stunde mit dem Strom in Verbindung blieb. Von seinem Körper blieb nichts weiter als eine vollständig verrostete Masse übrig.

Madrid, 30. Juni. Im Dorfe Almagellas in Katalonien haben die Cheleute Bajo 16 Jahre lang ihre Tochter gefangen gehalten und zwar in einem Schuppen, in dem sich eine Anzahl Kaninchen befand. Der Richter ließ den Schuppen öffnen und fand vor einem erschütternden Bild. Das Mädchen war vollkommen nackt und zum Skelett abgemagert. Es ist fast irrsinnig. Das Mädchen ist jetzt 20 Jahre alt. Das Ehepaar wurde eingekerkert. Die Volkmenge versuchte es zu lynchen.

...nennt und ...ebell sich fest...gept Pflügers...geenteil der...fu herauszu...nur durch...Nazareners...nde sind...ren gerichtet...einzugehen...ff...unter dieser...ben, daß die...attischen ent...ber benannte...gerrecht...hat die nach...sch alle jene...recht erwer...rbensfr. 19;...;...43...Verkräftg...l Uhr vorm...ung zu den...Alle weitere...en Genossen...heit unter...s Gerichts...und Gönner...kunft am...er; Fahrgel...etwas Rund...daß sich das...igen Auck...Karlsruhe...berücksichtigen...al des Wähl...kten in letz...arteigenossen...l („Schmaph...ausprechen...ften „Weiher...där“ (früher...n Thalia...es von dem...ahzueug führt...ch keine Tex...chtigkeit eine...en Sandhügel...durch trocke...Leistungen...zu erwarten...ten Arbeiten...hemachenben...us den mei...ern wähen wir...rie des joni...bilber „Nade...ter den Ton...n fienisch be...ette Dumores...lehr- und ge...tochter...klagte wurde...höchsten au...ts erkannten...ts beurteilt...ischen Ehren...nahm das...sinige Worte...widerstands...der in einer...it mit einem...Berührung...Station ent...ng von 10 000...rückliche eine...eb. Von sei...berlöhnt...das in Kata...tochter ge...dem sich eine...Schuppen...Das Mädchen...Es ist fast...Das Ehepaar...u huchen.

Newport, 30. Juni. Ein Personenzug der Canadian-Pacific-Bahn entgleiste in der Sonntag-Nacht nördlich von Toronto. 5 Wagen des Zuges stürzten einen Abhang hinab. 22 Personen wurden verwundet, darunter zwei schwer.

Eine schwangere Mutter zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Erfurt hat die 23 Jahre alte, ihrer Niederkunft entgegensehende, ledige Walli Viorius, die ihr zweijähriges Söhnchen erwürgt hat, zum Tode verurteilt. Es muß als eine Barbarei bezeichnet werden, daß während ihrer Schwangerschaft überhaupt über das Mädchen verhandelt wurde.

Der arme Sekretär der reichen Leute. Der Rechtsanwalt Max Schiederer in Augsburg war Sekretär der liberalen Partei, als welcher er äußerst angestrengt agitatorisch tätig war; Tausende von Notizen und Schwarzgen hat er geschrieben. Aber von dieser Kost allein kann man nicht leben und Geld hatte die Partei der reichen Leute in der Kasse nicht. Er griff fremde Gelder an. 8000 Mk. hat er unterschlagen. Das Landgericht in Augsburg verurteilte den armen Leufel zu 9 1/2 Monaten Gefängnis. — Seit Monaten nun schon der zweite hervorragende Führer der Liberalen in Augsburg, der auf solche Weise vom politischen Schauplatz verschwand!

Letzte Post.

Für das Koalitionsrecht der Privatbeamten. Am Montag Abend tagte in Stuttgart eine stark besuchte Protestversammlung der kaufmännischen und technischen Angehörigen, die nach einem Referat von Professor G u m e l - K a r l s r u h e eine scharfe Resolution gegen das bekannte Vorgehen des bayerischen Metallindustriellenverbandes annahm. In der Disputation sprachen einige Volkspartei und Gen. Keil. Ein nationalliberaler Abgeordneter bezeichnete den nunmehr zurückgenommenen Erlaß eine „sozialpolitische Entgleisung“, der Zentrumsgewählte Graf hatte den Mut, in dieser Versammlung die Ablehnung der gesetzlichen Anerkennung des Koalitionsrechtes der württ. Staatsbeamten zu verteidigen. Die breiten Massen sollen wieder herangezogen werden. Berlin, 30. Juni. Gestern fand im Reichsamt des Innern eine Konferenz über die Reichsfinanzreform statt, an der sich unter dem Vorsitz des Reichsfinanzsekretärs Sydow eine große Anzahl von Finanzministern der Bundesstaaten beteiligten. Die Sitzung dauerte bis 7 Uhr abends. Die meisten Teilnehmer erklärten sich gegen die Einführung der direkten Reichssteuern und besonders sprach man sich gegen eine Reichseinkommensteuer aus, die den Interessen der Einzelstaaten widerspreche. Man ist allgemein der Ansicht, daß die Hauptquote der erforder-

lichen neuen Reichssteuern durch indirekte Steuern aufgebracht werden müsse.

Die Todesstrafe in Frankreich. Paris, 30. Juni. „Echo de Paris“ bringt die Meldung, daß die Kammer am nächsten Freitag über die Beibehaltung der Todesstrafe abstimmen wird. Die Regierung wird sich der Beibehaltung der Todesstrafe nicht widersetzen. Der Justizminister wird aber von der Kammer verlangen, daß sie sich ausdrückte über eine verschärfte Durchführung der Zwangsarbeit in allen Fällen, durch die Todesstrafe in Zwangsarbeit umgewandelt werde. Die Regierung wird ebenfalls erklären, daß sie mit der Abschaffung der Öffentlichkeit bei der Einrichtung einverstanden ist.

Der Staatsstreich in Persien. Petersburg, 30. Juni. Der Schah hat 12 weitere angesehenen Mitglieder des Parlaments kriegsgerichtlich aufhängen lassen. Er verfügte über ganz Persien den Kriegszustand. (Siehe Leitartikel.)

Das Attentat auf Potocki. Wien, 1. Juli. Siezjnsckis, der Mörder des galizischen Statthalters Potocki, wurde von den Geschworenen einstimmig des gewöhnlichen Mordes schuldig befunden. Der Gerichtshof verurteilte ihn zum Tode durch den Strang. Die Verteidiger meldeten die Nichtigkeitsbeschwerde gegen das Urteil an. Wie verlautet, hat der Gerichtshof beschlossen, die Begnadigung Siezjnsckis zu empfehlen. Siezjnscki führte in seiner Verteidigungsrede aus, er gestehe die Tat begangen zu haben, fühle sich aber eines Verbrechens nicht schuldig. Die Tat sei ohne Verabredung, ohne Mitleid und ohne Verletzung, aus langer Hand vorbereitet und aus eigener Initiative begangen worden.

Vereinsanzeigen. Karlsruhe. (Sozialdem. Verein.) Morgen Donnerstag Abend punkt 8 Uhr: Auszubildung bei Schaufelberger. 3005
Karlsruhe. (Gesangsverein „Kassalla“.) Wir ersuchen unsere Sänger sowie passive Mitglieder welche kommenden Sonntag mit nach Bruchsal gehen, sich längstens bis Freitag Abend in die im Vereinslokal, Hotel „Monopol“, Kriegsstraße, aufliegende Liste einzuschreiben zu wollen. Treffpunkt ebenfalls Sonntag Morgen 9 Uhr.
NB. Freitag Abend punkt 9 Uhr: Probe. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen wünscht dringend Der Vorstand.

Briefkasten der Redaktion. Stuttgart. Die Notizen erscheinen; nur etwas Geduld.

Ein tüchtiger Genosse wirkt täglich für sein Arbeiterblatt!

Wasserstand des Rheins. Mittwoch, 1. Juli, 6 Uhr morgens. Schusterinsel 2.68, Gef. 5 cm, Mehl 3.04, Gef. 2 cm, Maxau 4.69, Gef. 2 cm, Mannheim 4.13, Gef. 8 cm.

Unsere heutige Nummer umfaßt 10 Seiten. (Schluß des reaktionellen Teils.)

Geschäftliches. Während der heißen Zeit empfindet es die Hausfrau als eine Erleichterung, nicht zu lange am Herd stehen zu müssen. Sie kann die Kochzeit wesentlich verkürzen, wenn sie zur Herstellung der täglichen Suppe „Maggi's Suppen“ mit der Schutzmarke Kreuzstern“ verwendet. Aus einem Würfel für 10 Pf. lassen sich auf bequemste Weise — nur mit Wasser — rasch zwei gute Teller wohlschmeckender Suppe herstellen. Ein Versuch sei bestens empfohlen. Anschließend an obige Ausführungen möchten wir nicht verfehlen, unsere verehr. Leser auf den unserer heutigen Sotalausgabe beiliegenden Prospekt der Maggi-Gesellschaft noch ganz besonders aufmerksam zu machen. 2987

Kostenfreien brieflichen Unterricht erteilt die Abteilung für brieflichen Unterricht des Deutschen Arbeiter-Stenographen-Bundes, Sitz Frankfurt a. M. Interessenten an allen Orten Deutschlands erhalten den brieflichen Unterricht nach genauer Anleitung, schriftlich und kostenfrei Durchsicht ihrer Arbeit durch geprüfte Lehrer. Weitere Kosten als für Porto und Materialien erwachsen den Teilnehmern nicht. Anfragen sind unter Beifügung des üblichen Portos an Louis Flach, Frankfurt am Main, Grauberggasse Nr. 35 zu richten. — Bitte ausschneiden, aufheben und unter Bekannten weitergeben.

Friedrichsbad, 136 Kaiserstrasse 136. An den fünf ersten Tagen der Woche kostet ein Wannenbad für Männer und Frauen 30 Pfennig. Samstags 40 Pfennig.

Gewerkschafts-Orchester Karlsruhe. Unterm 30. Juni d. J. haben die seitherigen Mitglieder Josef Tauer (bisher Dirigent) und Jakob Tauer ihren Austritt aus dem Gewerkschafts-Orchester erklärt. Wir bitten die Gewerkschafts- und Parteigenossen bei event. festlichen Anlässen darauf bedacht zu sein. Jede nähere Auskunft betr. geschäftlicher Angelegenheiten erteilt der Vorstand des Gewerkschafts-Orchesters, Bahnhofstr. 20, 4.

Bekanntmachung. Am Eröffnungstage der Ersten Karlsruher Warenhalle findet Waldstraße 14 ein großer Massenverkauf statt. Es kommen daselbst Strümpfe, Socken, Schürzen, Gürtel, Stickerien, Spitzen, Herren- und Damenschleier usw. usw. zu wahren Spottpreisen zum Verkauf.

Zum Umzug. Kohlenherden, Gasherden, Gaslampen, Petroleumlampen, Eisschränke, Haus- u. Küchengeräte zu billigsten Preisen.

Fahrrad-Reparaturen aller Art. Großes Lager in neuen und gebrauchten Fahrrädern. Reparaturwerkstätte mit elektr. Kraftbetrieb.

H. Hebeisen. Mitglied des Rabattvereins. Augustenstr. 35, 4. St., ist ein Mansardzimmer im Vorderhaus auf 1. Juli zu verm.

J. Streh, Mechaniker, Inhaber: Theodor Speck, Leopoldstraße 4 b.

Diamant-Vogelfutter. Kanarienvogelfutter, Universalfutter, Papageienvogelfutter, Stieglitzfutter, Zeisigfutter, Hänflingfutter, Buchfinkfutter, Schleiereisigfutter, Ammeier-Futter, Vogelband, Vogelheiß, Finkenfutter.

Jul. Löwe. Sommer-Joppen. Das Weisseln. Bettstelle.

Bernh. Krausz. Rastatter u. westfälische Kochherde. Gaggenauer Gasherde. Gas-Gührühröpfe, Zylinder Haus- und Küchenschüre.

M. Müller, Schönenstraße 22. Wer Stellung sucht. Herrschafts-Herd. Mülburg, Geibelstr. 1 a.

Neuerst schöne Auswahl in Herren- und Damen-Stiefel. Schuhwaren-Spezialhaus Karl Hublitz.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe. Geburten vom 23.—26. Juni: August Otto Kurt, Vater Bruno Tenbler, Kaufmann. — Karl Georg, Vater Karl Gehler, Schlosser. — Eleonore Johanna, Vater Albert Braun, Fabrikant. — Lina Theresia, Vater Emil Henke, Pader. — Gertrud Katharine, Vater Hermann Kohnle, Schlosser. — Luise Theresia, Vater Adam Erhard, Bahnarbeiter. — Maria Elisabeth, Vater Paul Julius Mayer, Lehramtspraktikant. — Gertrud, Vater Michael Seiser, Fabrikarbeiter.

Von Mittwoch den 1. Juli ab:

Grosser

Saison-Räumungs-Verkauf

in allen Abteilungen meines reich sortierten Warenlagers, zu ganz wesentlich

herabgesetzten Preisen.

Mousseline, imit. Meter von 23 s an	Mousseline, reine Wolle Meter von 50 s an
Mousseline, imit. neue Borduren Meter von 32 s an	Mousseline, reine Wolle, Borduren Meter von 95 s an
Bedr. Satins mit Seidenglanz Meter von 48 s an	Weisse Waschstoffs, enorme Auswahl Meter von 38 s an

Sämtliche am Lager befindlichen wollenen

Frühjahrs- und Sommer-Kleiderstoffe

jetzt Meter 2.50	2.--	1.50	und 1.75	1.35	85 s
früher bis 3.75	2.85	2.25	1.95	1.35	

Restbestände von **Reinseidenen Blusenstoffen**,
jetzt durchweg Meter **1.50** und **1.--**
Wert bis 5.25

Blusenflanelle, reine Wolle Mtr. **85** s
Wollene Blusenstoffe und Flanelle
jetzt Meter **2.50 1.95 1.45 1.25**
früher 3.50 2.50 2.25 1.05

Kostümfstoffe 110 cm breite reine Wolle
Meter **1.75**
früher 2.75
180 cm breit
Meter **3.--**
früher 4.50

Auf alle Waren, mit wenigen Ausnahmen, welche im Preise nicht besonders herabgesetzt sind

doppelte Rabattmarken oder **10%** Rabatt.

Karlsruhe. M. Schneider Kaiserstrasse 181.

Inh.: H. Kahl.

Turnverein Aue bei Durlach.
Sonntag, den 5. Juli, nachmittags 2 Uhr, in der Waldecke an der Straße Wolfartsweier-Karlsruhe

großes Waldfest

verbunden mit Musik, Gesang, Volks- u. Kinderbelustigung jeder Art.
Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
Hierzu laden wir die verehrl. Gesangs- und Turngenossen sowie die ganze Arbeitererschaft der Umgegend ein.
Der Turnrat.
NB. Bei ungünstiger Witterung 8 Tage später.

Knielingen.

Knielingen, 27. Juni 1908.
Den hiesigen Abonnenten zur Nachricht, daß vom 1. Juli d. J. an die Filiale auf Jakob Frey V. übergeht. Bestellungen auf den „Volksfreund“ und die übrige Parteiliteratur können bei demselben gemacht werden.

Arbeitergesangsverein

Harmonie Bruchsal.

Am 5. und 6. Juli d. J.
begeht obengenannter Verein seine

Fahnenweihe

verbunden mit **5-jähriger Gründungsfeier.**
Hierzu laden wir ein verehrl. hiesiges und auswärtiges Publikum herzlich ein.

Fest-Programm:

Samstag den 4. Juli, abends 8 Uhr: Festbankett im Saale des Gasthauses zum „Einhorn“.
Sonntag den 5. Juli, von 9 Uhr vormittags ab: Empfang der auswärtigen Gastvereine.
Vormittags 11 Uhr: Weiheakt und Fahnenübergabe im Saale des „Kaiserhof“.
2 Uhr: Festzug durch die Straßen der Stadt nach der Reserve. — **Festrede des Reichs- und Landtagsabg. Hrn. Adolf Ged.** — **Gesamtchöre**, gesungen von sämtlichen Vereinen, ca. 600 Sänger.
Abends 8 Uhr: Gemeinsamer Abmarsch von der Reserve nach dem Kaiserhof.
Von 9 Uhr ab

Festball im Saale des Kaiserhofs.

Montag den 6. Juli: Von nachmittags 2 Uhr ab Volksfest mit Kinderbelustigung auf der Reserve.
Um der Feier ein festliches Gebräge zu geben, ersuchen wir die titl. Einwohnerschaft um **Beflagung der Häuser.** Die vom Verein herausgegebenen Festbücher werden an Nichtmitglieder zum Preise von 50 Pfg. abgegeben und berechtigten zum Eintritt in sämtliche Veranstaltungen.
3008

Die Festkommission.

NB. Die passiven Mitglieder werden höfl. ersucht, am Samstag den 4., abends 8 Uhr, zum Festbankett recht zahlreich zu erscheinen, woselbst auch die Festbücher in Empfang genommen werden können.

Gesangsverein „Harmonie“ Karlsruhe.
Sonntag, den 5. Juli, nachmittags halb 3 Uhr beginnend, findet im Hardtwald hinter der Grenadier-Kaserne

großes Waldfest

mit verschiedenen Belustigungen statt, wozu unsere verehrl. Mitglieder, unsere Brudervereine sowie Freunde und Gönner des Vereins freundlichst einladet

Der Vorstand.

Für gute Speisen und Getränke (Moninger Bier das Glas 10 Pfg.) ist Sorge getragen. — Bei ungünstiger Witterung acht Tage später.

Spielplan vom 1. bis 15. Juli 1908

Apollo-Theater Karlsruhe

Telephon 2042. Marienstraße 16. Telephon 2042.
Direktion Braunschweiger.

„Karlsruhe in Extase“. Alles lacht. Urfomische Burleske.

Karl Korbey. Humorist.

Agnes Kobiloff. Soubrette.

4 Felsenhorst. Gesang und Tanzensemble.

Ves Dracs. Kraftturner.

Hugo Fiala. Bestes Bauernthymen-Darsteller.

Martino Foto Piccolo. Jongleurakt.

Fredes Essédraus. Phänom. Barrenakt. 8004

Kasseneröffnung: 1/2 8 Uhr. Anfang 1/2 9 Uhr.

Berichtigung!

In Nr. 147 dieses Blattes muss es in dem Inserat „Inventur-Ausverkauf“ von **Jakob Löwe** (Adolf Löwe Sohn) heissen:
Hemdenstoffe, weiss und farbig, darunter **80 cm** breite, starkfädige Hemdentuche, per Meter 25 Pfg.

Divan.

Neue hochf. Kamelkaschendivan mit Rohhaar von **45, 50, 60** Ml. an, schöne Stoffdivan **33** Ml. Gr. Ausw. u. n. gute, solide selbsttaugl. Arbeit unter Garantie. Kein Laden, daher billigste Preise. **R. Köhler**, Schützenstr. 53 2. 2215

Gasherde

Auf Gaggenauer 2998
während dem Quartal **15%** Rabatt
Ernst Marx, Luisenstr. 45.

Für die warme Jahreszeit empfiehlt **Prima Apfelwein**
per 1/2 Literflasche ohne Glas **35** s

Alkoholfreie Weine

- | | | | |
|------------------|-------------------------------|------|-----|
| Cider, mouss. | Apfelsaft | — | .40 |
| Grafensteiner | „ | — | .90 |
| Burgunder, rot | „ | 1.35 | |
| Decker. Riesling | „ | 1.35 | |
| Traubenmost, rot | „ | 1.00 | |
| ditto, weiss | „ | 1.00 | |
| Sodawasser | „ | — | .8 |
| Limonade | ohne Glas | — | .12 |
| Grolsteiner | „ | — | .22 |
| Krontaler | „ | — | .20 |
| Simbeermost | (für meine leer. Flasch.) | — | .70 |
| Zitronensaft | (werben 10 s vergüt.) | — | .70 |
| Zitronenessenz | zu 10 g u. | — | .20 |
| Brausebröckchen | in versch. Geschm., per Stück | — | .5 |
| Saure Bonbons | 1/4 Pfg. | — | .18 |
| frische Zitronen | billigst je nach Größe. | 2979 | |

Bernh. Kranz

Werberplatz 27, Kaiserstr. 38
Ludwigsplatz 65, Ulfandstrasse 21.

484 Telephon 484.
Jede Bestellung wird frei ins Haus geliefert.

1 Kinderstuhl und 1 Kinderwagen billig zu verl. Friedrichspl. 7, 6.
Maienstr. 9, 5. St., sofort od. auf 1. Juli, möbliert. Zimmer zu vermieten.

Sozialdemokratischer Verein Bulach.
Sonntag den 5. Juli, nachm. 3 Uhr, findet im schattigen Garten der „Krone“ unser

Garten-Fest

statt, verbunden mit Preisfecht, Preischießen und Plattenwerfen. Beim Preisfecht und Preischießen kommen schöne Preise zur Verteilung. Das Glas Bier (1/2) 10 Pfg.
Hierzu laden wir die Genossen von hier und Karlsruhe zu zahlreichem Besuche freundlichst ein.
Der Vorstand.

Arbeiterschafft Jahr.

Sonntag, den 5. Juli 1908

Großes Waldfest

verbunden mit Musik, Gesang, turnerischen Auführungen, Glückshafen und Kinderbelustigungen aller Art.
Festredner: Redakteur Schneider aus Straßburg.
Abmarsch mit Musik Punkt 1 Uhr vom „Adler“, wozu wir die gesamte Arbeiterschafft einladen.
Die Kommission.

Freiburg.

Mit dem 1. Juli tritt Genosse **B. Engler** den Posten als **ParteiSekretär** für die ersten sechs badischen Wahlkreise an. Alle Zuschriften und Sendungen sind zu richten an **B. Engler**, Wenzingerstr. 3, Freiburg i. B.

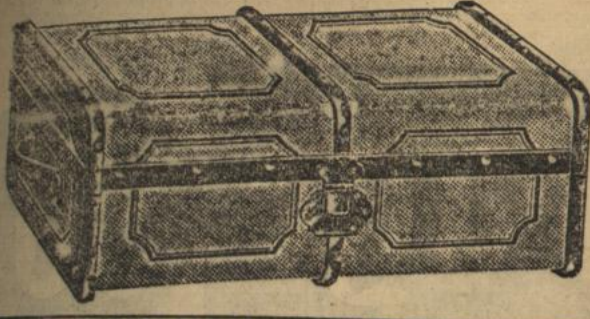
„Knorr-Sos“ ist ein Genüßmittel, es reizt den Gaumen u. regt die Magentätigkeit an, Eigenschaften, die sonst nur den anregenden Geschmacksstoffen des Fleisches innewohnen.

Modernes Waschmittel

garantiert **Persil** vollständig
unschädlich **Persil** ungefährlich
kein Chlor **Persil** kein Waschbrett
kein reiben **Persil** kein bürsten

für jede Waschmethode passend
alleinige Fabrikanten auch der weltbekannten

Henkel's Bleich-Soda
Henkel & Co. Düsseldorf



Kofferhaus Kronenstr. 51

empfehl für die Reise:
 Reisekoffer für Damen und Herren in verschiedener Ausführung u. Größe, Kaiser-, Schiffs-, Coupe-, Blusen-Anzugs-, Falten-, Holz- u. Handkoffer, Faltentaschen, Riemenkartons, Handtaschen aus prima Leder, Segeltuch u. Kunstleder, Damenmähnetaschen, Plaid- und Schirmhüllen, Reisekörbe u. Japanische Handkörbe, Rucksäcke, Gamaschen, Brieftaschen, Portemonnaies, Hosenträger, Nessecaires. 2915

Grösste Auswahl. o Billige Preise. o Reelle Ware.

Mitgli d des Rabatt-Spar-Vereins.

Wirtschafts-Übernahme und Empfehlung.

Meinen werten Freunden und Gönner, sowie der verehrl. Einwohnerschaft zur Nachricht, daß ich die Wirtschaft

„Zum Waldhorn“
 Rüppurrerstraße 46

übernommen habe.

Es wird mein eifriges Bestreben sein, durch Verabreichung nur guter Speisen, eines ff. Stoff Böhmer Bier, hell und dunkel, sowie reine Weine mir die Zufriedenheit meiner werten Gäste zu erwerben.

Jede Woche eigne Schlachtung.
 Warme Küche zu jeder Tageszeit.

Um geneigten Zuspruch bittet
 2999

Christian Eberhardt.

Freiburg.

Mit dem 1. Juli übernimmt Genosse Julius Grünfeld, Karlsruherstr. 22, die Expedition des Volksfreund und die Parteibuchhandlung. Wir bitten Volksfreundbestellungen und Bestellungen auf Partei- und andere Literatur von nun an an Genosse Grünfeld zu richten.

Die Parteileitung.

Vereinsbank Karlsruhe.

eingetrag. Genossenschaft mit unbeschr. Haftpflicht
 Kreuzstrasse 1 8223

gewährt ihren Mitgliedern Vorschüsse auf bestimmte Zeit, Kredite in laufender Rechnung und diskontiert Wechsel; besorgt An- u. Verkauf von Effekten u. dergl., Umwechslung von Zins- u. Dividenden-Scheinen u. fremden Geldsorten. Einholen neuer Kupons- u. Dividendenbogen, Umtausch von Interimsscheinen in definitive Stücke u. dergl., Einkassierung von Wechseln, Auszahlung von Wechseln nach allen Plätzen, vermittelt Hypothekenscapital, nimmt auch von Nichtmitgliedern Bareinlagen auf

Scheck-Konto unter kostenfreier Abgabe von Scheckbüchern, auf Sparbuch, auch unter leihweiser Ueberlassung einer Haussparbüchse und mit längerer Kündigung, sowie verschlossene und offene Depots zur Verwahrung u. Verwaltung unter voller Haftbarkeit nach den Bestimmungen des Gesetzes, vermietet in ihrer **Stahlkammer** Schrankfächer zur Aufbewahrung von Dokumenten, Wertpapieren, Edelmetallen und Schmuckgegenständen bestimmt, unter Selbstverschluss der einzelnen Mieter.

Arbeits- und Berufskleider

jeder Art
 zu billigsten Preisen in solidester Näharbeit.

N. Breitharth
 Ecke Kaiser- u. Herrenstrasse
 Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins. 2997

Saiften, langanhaltenden Schnitt

garantiert meine Spezialmarke
Hummel-Rasiermesser
 In allen Breiten vorrätig!
 Alte Rasiermesser werden bei mir sorgfältigst fachgemäss geschliffen mit Garantie für guten Schnitt. Versand nach auswärts.

Karl Hummel, Werderstr. 13.



„MAGGI's gute, sparsame Küche“

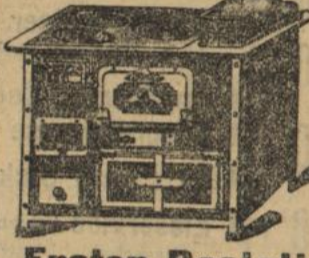


Ohne Geld

Ruhestuhl und andere anerkannt wertvolle Gegenstände bei Benützung von

Flammers Seife nur eingewickelt
Flammers Seifenpulver

als die besten für Wäsche u. Haus millionenfach erprobt.



Kochherd-Abschlag.

Niederlage der **Ersten Rastatter Herdfabrik.**
 Weiß- und Rastatter Emailherde.

Interessenten wollen meine **Kochherd-Ausstellung** in der Loreinfahrt besichtigen. — An jedem Herd ist der Preis zu sehen.

Große Auswahl sämtlicher Haus- u. Küchengeräte.

Aluminium-, sowie d. berühmte Kosmos-Email-Geschirr
 Dr. Schmid's Glühstrümpfe

Auf sämtliche Artikel Rabattmarken. — Bei ganzen Ausstattungen Vorzugspreise. Nur beim

Herd- und Eisen-Blum
 49 Schützenstraße 49. 1011

Bekanntmachung.

Den Fortbildungsunterricht betreffend.

Nach § 2 des Gesetzes vom 18. Februar 1874 sind Eltern, Arbeits- und Lehrherren verpflichtet, die fortbildungsschulpflichtigen Kinder Lehrlinge, Dienstmädchen u. s. w. zur Teilnahme am Fortbildungsunterrichte anzumelden und ihnen die zum Besuch desselben erforderliche Zeit zu gewähren.

Fortbildungsschulpflichtig sind gemäß § 1 desselben Gesetzes **Knaben zwei Jahre, Mädchen ein Jahr** nach Zurücklegung des schulpflichtigen Alters.

Zu widerhandlungen werden mit Geldbuße bis zu 50 M bestraft.

Fortbildungsschulpflichtige Dienstmädchen, Lehrlinge usw., die von auswärts herbeikommen, sind sofort anzumelden, ohne Rücksicht darauf, ob dieselben schon in ein festes Dienst- oder Lehrverhältnis getreten oder nur verfuhrs- oder probeweise aufgenommen sind.

Das Rektorat:
 Dr. L. Gerwig, Stadtschulrat.

Dampfbettfedernreinigung

Karlsruhe-Mühlburg.

Sorgfältige fachmännische Behandlung jedes Auftrages, daher höchster von keiner Seite erreichter Reinigungseffekt.

Absolute Garantie für Gewicht und Qualität des Federmaterials.

Abholung und Rücklieferung kostenlos Wohnung. 2060

Wilhelm Ruf Tapezier- u. Bettengeschäft, Sedanstr. 6, Haltest. d. Straßenbahn.

Dr. Thompson's Seifenpulver

bestes, im Gebrauch
 billigstes und bequemstes
Waschmittel der Welt

1/2 U Paket 15 Pfg.



Kohlen.

Bei jetzt günstiger Bezugszeit empfehle zu bekannten Sommerpreisen sämtliche Sorten Hausbrandkohlen, Brechkohls, Brikketts, Holz.

Adolf Willstätter, 2887
 8 Lammstraße 8.

Branntweine zum Ansetzen

sowie im
Kleinverkauf und Ausschank
 empfiehlt

Wilhelm Mayer,
 Schützenstrasse 39.

Fliegenfänger.

Rapid-Fliegenfänger
 Stück 5 3

Pyramiden-Fliegenfänger
 Stück 10 3

empfehlen 2844

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.
 in den bekannten Verkaufsstellen.

Schuhwaren

aller Art
 solid und dauerhaft, laufen Sie am besten bei

Anton Krätz, Rastatt
 Kriegstraße 1 (Dörfel).
 NB. Bringe auch meine Reparaturwerkstätte in empfehlende Erinnerung.

Wilh. Eckert, 2148
 Uhrmacher, Marienstr. 20, neb. dem Apollo-Theater empfiehlt sein Lager in Taschen- u. Wanduhren. Billige Reparatur-Werkstätte, Trauringe, 8 u. 14 Kar. gestempelt, das Paar v. M 12-27, Brillen u. Zwicker.

Achtung!
Rollen-Anzüge
 übernimmt zu billigstem Preise
Karl Kreis jr.
 2852
 Morgenstr. 22.

Fahrräder!

mit Doppelglockenlager und Garantielager von Mk. 62.— an
 Laufdecken v. M. 2.85 an
 m. Garantie v. M. 4.15 an
 Luftschlauch v. M. 2.25 an
 m. Garantie v. M. 3.10 an
 Nähmaschinen
 Waschmaschinen

Zubehörfelle, Reparatur
 enorm billig. 1459

Kataloge gratis, Vertreter gesucht
Fahrradhaus Wiehre
 Freiburg i. B.
 Schwarzwaldstr. 9 Teleph. 508

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.
 Geburten vom 15.—23. Juni: Otto Friedrich, v. Adolf Friedrich Steinbrunn, Fabrikarbeiter. Heinrich Anton, v. Franz Josef Köhler, Kernmacher. Karl Friedrich Wilhelm, Bat. Georg Michael Säred, Jullitzaktuar.
 Todesfall vom 21. Juni: Katharine Sabine Heidt, lediges Dienstmädchen, 35 J. 6 M. alt.

Einzig u. altbewährt ist

MAGGI'S Würze

mit dem Kreuzstern.
 — Probestäschchen 10 Pfg. —
 Man achte genau auf den Namen **MAGGI** und die Schutzmarke Kreuzstern. 2983



90 Tage 90 Tage 90

Die während dieser Zeit zum Verkauf gelangenden Artikel sind aus **besonders billigen** Masseneinkäufen auf das **Vorteilhafteste** zusammengestellt und daher **ganz hervorragend preiswert**.

Galanteriewaren.

- 1 Familien-Rahmen, Holz mit Beschlägen 90
- 1 compl. Eierservice ff. vernickelt 90
- 2 moderne Vasen mit Metallbeschlägen 90
- 1 elektrische Taschenlampe u. 1 Ersatzbatterie } 90
- 2 vernickelte Leuchter und 1 Feuerzeug } 90
- Sensationell!**
- 1 Metall-Rauchtisch mit Feuerhalter u. Cigarrenbehälter 90
- 1 Butterdose m. Glaseinsatz u. verkupfert. Teller und Deckel 90
- 1 Compot-Service, vernickelt mit Glas-Einsatz 90
- 2 Cabinet-Photografie-Metallrahmen } 90
- 1 Cabinet u. 2 Visit-Metallrahmen } 90

Damen-Wäsche.

- 1 Damenbeinkleid, Knieform od. lang m. Stickerei, Bogen od. HohlsLangnette 90
- 1 Damenhemd, Cretonne, mit Spitze, Achselschluss 90
- 1 Damenjacke, Piqué m. Spitze 90
- 1 Untertaille m. eleg. Garnierung, in Spitz., Medaill., Seidenb. etc. z. Aussuchen 90
- 2 farb. od. weisse Windeln u. 1 Nabelbinde } 90
- 1 kar. Wickeldecke, 1 Nabelbinde und 1 Gummieinlage } 90
- 3 gestrickte Kinderjäckchen u. 2 Erstlingshemdchen zusammen 90
- 1 Kindertragröckchen, weiss und farbig, gebogt 90
- 1 Windelhöschen, weiss Piqué und 1 Gummieinlage zusammen } 90
- 2 elegante Kinderjäckchen 90

Haushalt-Artikel.

- 1 Glasschale „Weinlaub“ 23 cm u. 6 Glasteller „ zusammen } 90
- 1 Bierkrug, ca. 2 Liter und 4 Bierbecher m. Band zusammen 90
- 2 Einmachgläser à 1 Liter mit Patentverschluss 90
- 1 emaillierter Kochtopf, 24 cm 90
- 1 Zitronenpresse zusammen 90
- 1 Satz = 5 Stck. Milchtöpfe 90
- 1 Eierservice bestehend aus 1 grossen Glasschale, Blattform, 10 Eisteller zusammen 90
- 1 Goldfischglas 4 grosse Goldfische 1 Fischnetz 1 Büchse Fischfutter } 90**
- 1 Kaffeemühle, prima Werk u. 1 Kaffeelot, vernickelt zusammen 90
- 1 Eierschrank m. Schloss, für 36 Eier 90

Damen-Konfektion

- 1 weisse Batistbluse 90
- 1 farbige Waschbluse 90
- 1 Russenkittel elegant garniert, weiss und farbig. 3 Grössen Stück 90
- 1 Knaben-Waschbluse div. Grössen, weiss u. farbig 90
- 1 Kinderkleidchen, waschecht 90
- Korsetts.**
- 1 Gürtelkorsett Drell mit Spitze u. Band 90
- 1 Drellkorsett, mit Spitze und Band 90
- 1 Kinder-Reformleibchen für Knaben u. Mädchen mit Strumpfhalter 90
- 2 Korsettschoner mit Spitzeneinsatz, reich garn. 90

Taschentücher

- 1/2 Dtz. weisse Linontücher mit gesticktem Buchstaben 90
- 1 Dtz. Kinderbatisttücher mit Bilder 90
- 1 Dtz. kar. leinen imit. Kindertücher 90
- 1/2 Dtz. engl. Batisthohlsaumtücher 90
- 1 Dtz. weisse Linontücher, gesäumt 90
- 1/2 Dtz. farb. Herrentaschentücher ges. 90
- 1/2 Dtz. prima Linontücher, ges. 90
- 1/4 Dtz. Reinleinen Batisttücher mit Hohlsaum 90
- 1/2 Dtz. engl. Batisttücher m. farb. Kant. 90
- Satintücher, türk. Muster, für Blusen und Matinées 2 Stück 90

Herren-Artikel.

- 6 St. Selbstbinder 90
- 1/4 Dtz. Herrenstehkragen, neueste Formen zum Aussuchen 90
- 1/4 Dtz. Herren-Serviteurs, Falten oder glatt 90
- 3 St. eleg. Diplomatenkrawatten 90
- 1 eleg. Garnitur, Serviteur, Manschetten u. Selbstbinder, zus. 90
- 2 Paar prima Gummihosenträger 90
- 1 eleganter Herren-Waschhut, weiss oder farbig 90
- 2 Matrosenkinderkragen 90
- 1 eleg. Spazierstock und eine Krawatte, zusammen 90

Strumpf-Waren.

- 3 Paar schw. Damenstrümpfe 90
- 1 Paar eleg. Damenstrümpfe, geringelt, bestickt od. durchbrochen 90
- 2 Paar Patentschweissocken, Ia. Vigogne 90
- 2 Paar eleg. Herren Ringelsocken 90

Lederwaren etc.

- 1 Damencouriertäschchen mit Leder-Riemen 90
- 1 Büchermappe, doppelt 90
- 1 Reisehandtasche 90**
27 cm, Kunstleder, braun, mod. engl. Form
- 1 Rucksack, Ia. Jägerleinen mit Lederriemen 90
- 1 Feldflasche mit Ledertasche, Riemen und Trinkbecher 90
- 1 Baderolle m. Frottierhandtuch 90
- 1 Reiserolle gefüllt m. Seifendose, 1 Kopfbürste u. 1 Zahnbürste 90
- 1 Reisehut-Carton mit Lederriemen 90
- 1 Hängematte mit Etui 90
- 2 elegante Damen-Waschgürtel zus. 90**
- 1 Hocheleg. gemust. Goldgürtel mit Schliesse 90

Parfümerien.

- 12 St. Toilettefettseife od. 12 St. Mandelseife, gross } 90
- 6 Stück Ia. Lanolinseife 90
- 3 Stück Buttermilchseife und 1 Celluloidseifendose zusammen 90
- 1 Kart. m. 4 St. Vilja Veilchen-seife, sehr elegant 90
- 1 Flacon feines Parfüm } 90
- 1 Stück feine Blumenseife } 90
- 1 eleg. Handschuhkarton } 90
- 1 gr. Fl. Eau de Cologne doubl. } 90
- 1 gr. Flasche Veilchenparfüm } 90
- 5 Doppelstck. Ia. Planetseife 90
- 1 Kilodose Fussbodenglanzack diverse Farben 90
- 1/2 kg Parkettbodenwische Ia. 1 Parkettbodentuch zusammen 90
- 5 Stück Kernseife } 90
- 5 Pack. Seifenpulver } 90
- 3 Pack. Bleichsoda } 90
- 1 Beutel Wäscheblau 90

Damen-Putz.

- Weisser Mädchenhut 90**
mit eleg. Lavallier garniert
- 1 Weisse, garn. Damen-Mateloit diverse Geflechte 90
- 1 Weisse Batisthäubchen, m. breit. Stickerei u. elegant. Seidenbandrosetten 90
- 1 Herren- u. Knaben-Stroh Hüte, mod. Geflecht, mit farbigem u. schwarzem Band 90
- 1 Moderne Schleier, in Gaze und Gitter, mit und ohne Tupfen, 140 cm lang 90
- 1 Hutbänder, uni u. Glacé, reine Seide, 10-12 cm breit, 2 m 90
- Chinéband, 90**
ca. 12 cm br., reine Seide, Mtr.
- 1 Damen-Stehumlegekragen mit reicher Stickerei, 3 Stück 90

Ein Teil dieser Artikel ist in unserem Schaufenster, Ecke Kaiser- u. Lammstr., ausgelegt.

Geschw. Knopf.